

Stadt – Planung – Studium  
Perspektive 21



Die Herausforderungen  
der Zukunft sind un-erhört

**Die Herausforderungen der Zukunft sind un-erhört**

Aus Anlass des Abschieds von Prof. Klaus Pfromm hat die Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalplan im Februar 2001 ein Kolloquium organisiert, das von Prof. Ingrid Lübke moderiert wurde. Drei Thesen/Themenkomplexe, von Klaus Pfromm vorgetragen, bildeten die Diskussionsgrundlage des Kolloquiums: 1. Die Städte schrumpfen und wachsen zugleich. 2. Die Stadt verschwindet in der Region. 3. Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung.

Zu jedem dieser Themen waren jeweils ein Kollege und eine frühere Studentin oder ein früherer Student des Kasseler Studiengangs mit sehr unterschiedlichen Praxiserfahrungen zu einem Korreferat eingeladen: • Dipl.-Ing. Fritz Schuhmacher, Kantonsbaumeister der Stadt - Basel/Schweiz (GhK 1980) • Dipl.-Ing. Andrea Sölle, Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH. (GhK 1983) • Dipl.-Ing. Regina Sonnabend, Projektkoordinatorin der Stiftung Bauhaus Dessau (GhK 1992) • Prof. Dr. Klaus Kunzmann, Universität Dortmund • Prof. Dr. Dieter Frick, Universität Berlin • Prof. Dr. Ulf Hahne, Universität Kassel.

In der anschließenden Diskussionen über die Entwicklung der Stadt – unter den Stichworten Schrumpfung, Migration, Segregation – sowie über die Rolle der Planung – unter den Stichworten Deregulierung, Development, Internationalisierung – wurden auch neue Anforderungen an die Ausbildung von Planerinnen und Planern sowie Vorschläge für deren Veränderung formulieren.

Herausgeber:                   Universität Kassel  
  Fachbereich 6  
  Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung

Kassel 2003

Infosystem Planung, Universität Kassel  
Henschelstr. 2, 34109 Kassel  
T 0561 804-2016, Fax 0561 804-2232  
info\_isp@uni-kassel.de  
www.isp.uni-kassel.de

Stadt—Planung—Studium Perspektive 21  
Die Herausforderungen der Zukunft sind un-erhört

## Inhaltsverzeichnis

*Ingrid Lübke* Vorwort 5

*Dr. Detlev Ipsen* Zum Abschied in die Zukunft denken 8

### **Die Städte schrumpfen und wachsen zugleich 11**

*Regina Sonnabend* Schrumpfung und Planung: Anmerkungen aus  
einer ostdeutschen Perspektive 13

*Dr. Klaus Kunzmann* International sein oder nicht sein? 19

### **Die Stadt verschwindet in der Region 36**

*Dr. Ulf Hahne* Un-erhörte Herausforderung Regionalentwicklung 37

### **Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung 42**

*Dr. Dieter Frick* Planung in der deregulierten Stadt 44

*Andrea Sölle* Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung 49

### **Zusammenfassung der Diskussion 53**

*Michael Glatthaar und Anke Kaschlik*

*mit Antworten von Klaus Pfromm*

Schrumpfung – Migration – Segregation 53

Stadt – Region – Architektur 57

Deregulierung – Planung – Developement 61

Vita Klaus Pfromm 65

AutorInnen 68

HerausgeberInnen 69

## Vorwort

"Die Herausforderungen der Zukunft sind unerhört", unter diesem Motto stand das Abschiedskolloquium für und mit Klaus Pfromm, zu dem der Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Universität GH Kassel am 2. Februar 2001 eingeladen hatte. Wer Klaus Pfromm erlebt hat, mit ihm gearbeitet und von ihm gelernt hat, hört in diesem Statement seinen unverkennbaren Tonfall und sieht seine fröhlich provozierenden Augen vor sich. Kein Wunder, denn nicht nur der Titel, sondern auch die inhaltliche Struktur des Kolloquiums sind von unserem emeritierten Kollegen, der sich noch längst nicht zur Ruhe gesetzt hat, entworfen und entscheidend geprägt.

Neben den Fragen der Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung, denen er sich besonders in den letzten Jahren gewidmet hat, zählten für Klaus Pfromm die Qualität der Ausbildung und die Studienreform zu seinen besonderen Anliegen. Er gehörte zu den Männern und Frauen der ersten Stunde an der neu gegründeten Gesamthochschule Kassel. Seit 1972 hat er hier den integrierten Studiengang A-S-L (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung) mit aufgebaut. Später erarbeitete er gemeinsam mit den Kollegen Dr. Dieter Frick und Dr. Klaus Kunzmann die Rahmenprüfungsordnung für die Stadt- und Raumplanerausbildung in der BRD, das berühmt-berüchtigte grüne Heft. Und während seiner letzten Dekanatsperiode (1995–1997) ergriff er die Initiative zu einer "Reform der Reform", zur Aktualisierung der Studien- und Prüfungsordnung hier in Kassel. Dieser Anstoß hat sich zu einem mehrjährigen Prozess ausgeweitet, der hoffentlich in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen wird.

Der Untertitel des Kolloquiums "Stadt – Planung – Studium; Perspektive 21" verrät den Kontext zu der noch laufenden Debatte. Die projektorientierten Kasseler wissen nicht nur das Festliche mit dem Nützlichen zu verbinden, sondern für den Emeritus des Fachgebietes Stadt- und Regionalplanung eröffnete sich mit diesem Kolloquium auch die Chance, aus seiner Sicht die Entwicklungstendenzen in den Städten zu interpretieren und seine Ideen über die zukünftigen Studieninhalte noch einmal darzulegen und zur Diskussion zu stellen. Klaus Pfromm kommentiert die aktuellen Veränderungen in der Entwicklung der Stadt mit drei Statements:

1. *Die Städte schrumpfen und wachsen zugleich*
2. *Die Stadt verschwindet in der Region*
3. *Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung*

Diese drei Statements betrachten die Entwicklung der Stadt und die Rolle der Planung unter sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. In einem Thesepapier, das gleichzeitig als Grundlage für das Kolloquium diente, hat Klaus Pfromm seine Positionen zu den 3 Themenfeldern weiter ausgeführt. Mit den teilweise provozierenden Thesen wollte Klaus Pfromm eine Debatte entfachen, in der die neuen Anforderungen an Planung und Ausbildung in enger Wechselbeziehung mit den veränderten städtischen Entwicklungsdynamiken begriffen werden: "Die Stadt ändert ihre Struktur. – Die Planung verändert sich. – Wie wird das Studium geändert?" Zu jedem Themenkomplex waren jeweils eine frühere Studentin oder ein früherer Student des Kasseler Studiengangs mit ganz unterschiedliche Praxiserfahrungen und ein Kollege zu einem Korreferat eingeladen.

Unbeschwert, ohne den Zwang zur praktischen Umsetzung, konnte der Emeritus auf die Korreferate und die kurze öffentliche Diskussion reagieren und seine Schlussfolgerungen für die Zukunft der Planung und des Studiums darlegen: die Antworten von Klaus Pfromm.

Mit der vorliegenden Dokumentation des Kolloquiums werden die unterschiedlichen Ansätze zur Bewertung der aktuellen Aufgaben der Stadt- und Regionalplanung ebenso wie die Vorschläge für die Veränderung der Ausbildung von Planerinnen und Planern einem breiteren Kreis von Fachleuten zugänglich gemacht. Die Dokumentation folgt im Prinzip dem Konzept des Kolloquiums: Nach einer Einleitung durch den Dekan Prof. Dr. D. Ipsen sind für jeden Themenkomplex die Thesen von Klaus Pfromm und die Korreferate im Wortlaut nachlesbar mit einer Ausnahme. Der Beitrag von Prof. Dr. Kunzmann – ursprünglich auf das Thema der schrumpfenden Stadt bezogen – wurde von ihm in Richtung auf die aktuellen Anforderungen an die Internationalisierung des Studiums überarbeitet. Unter dem Titel: "International sein oder nicht sein? Wie muss die Ausbildung von RaumplanerInnen in Deutschland auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren?" nimmt dieser Beitrag einige Aspekte der Diskussion zur Reformierung des Studiums auf und entwickelt sie weiter.

Die Diskussion zu den Themenblöcken und die Abschlussdiskussion sind in Kapitel 4 zusammenfassend dargestellt. Während des Kollo-

quiums wurde der Bedarf nach einer breiten öffentlichen Diskussion über die zukünftigen Aufgaben von Planung für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtregionen, aber auch im Verhältnis zur Rolle von ArchitektInnen, InvestorInnen und PolitikerInnen mehrfach unterstrichen. Mit den Anregungen, die während des Kolloquiums vorgetragen wurden, – wie z.B. die "Verflüssigung der Planung" oder die Ausbildung von Architekten und Planern als "Urbanisten", will diese Dokumentation ihren bescheidenen Beitrag leisten zu einer kreativen Debatte über die Zukunft der Planung.

Den StudentInnen Thomas Gogol, Doreen Köhler, Marco Link, Silke Schuster und Ulrich Seyfahrt sowie der Kollegin Christine Hoffmann sei herzlich gedankt für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung des Kolloquiums. Besonderer Dank gilt den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Michael Glatthaar und Anke Kaschlik für ihre unermüdliche Mitarbeit bei der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation des Kolloquiums.

## Zum Abschied in die Zukunft denken

Dass Klaus Pfromm zu seinem zumindest formellen Abschied vom Fachbereich für Stadt – und Landschaftsplanung ein Kolloquium über die Zukunft der Planerausbildung organisiert hat, liegt in der Kontinuität seiner Arbeit an diesem Fachbereich. Als Mann der ersten Stunde hat er sich immer um die Entwicklung und die Zukunft dieses Fachbereiches gekümmert und gestritten. Und gerade heute ist es besonders wichtig, die Zukunft der Planung und der Planerausbildung neu zu entwerfen.

Zugegeben wir haben im Moment mehr Fragen als Antworten. Und schlimmer noch: Um der Verunsicherung über die Rolle der Planung in einer komplexen, sich schnell verändernden Welt zu begegnen, werden alte Dualismen neu erfunden. Da wird wieder mal der künstlerische Entwurf der wissenschaftlichen Planung gegenüber gestellt, da wird Ästhetik gegen Rationalität ausgespielt und das Lied der Praxis gegen die Theorie angestimmt, so als wäre nicht schon seit langem die Einsicht formuliert worden, dass es der Widerspruch und das Widersprüchliche ist, das uns befähigt, komplexe Probleme zu lösen.

Der Hang zur dualistischen Reduktion der Komplexität hat leider sehr praktische Folgen. Eine Professur für Landschaftsgeschichte und Ästhetik wird gegen den Bedarf nach Planung und praktischen Entwurf gestellt, als sei das Wissen um Ästhetik und Geschichte der vermeidbare Luxus einer Ausbildung zu Planung und Entwurf. Ganz nebenbei und ungewollt wird den Studierenden signalisiert: Wer plant und entwirft braucht wenig Wissen. Und ganz gegen die Geschichte unseres Fachbereiches, der sich stets multidisziplinär verstanden hat und sich damit in Deutschland ein deutliches, streitbares Profil geben konnte, wird einer disziplinären Verengung das Wort geredet.

Diese Tendenzen sind überaus gefährlich für die weitere Entwicklung der Planungsdisziplin, der Ausbildung von Planern und Architekten im Allgemeinen und für die Marktfähigkeit unseres Fachbereiches in Kassel. Die Universität Kassel und damit der Fachbereich liegen in einer kleinen und wenig dynamischen Region. Wenn wir nur für die interessierten Schüler dieser Region attraktiv sind, wird die Zahl der Studierenden bald wieder sinken. Gerade in der Provinz braucht man eine



klares und in Deutschland und den angrenzenden europäischen Ländern (und darüber hinaus) für bestimmte Studierende attraktives Profil. Dieses Profil muss sich bilden, indem man sich mit den großen und kleinen Problemen der Zukunft beschäftigt.

Ohne dass wir die Zukunft voraussehen könnten, zeichnet sich ab, dass die Welt eher komplexer als einfacher wird. Die Verflechtung der europäischen Länder lässt neue Schwerpunkte und Entwicklungskorridore entstehen. Die tendenzielle Abnahme der Bevölkerung in den meisten Ländern Europas dürfte in den nächsten fünfzig Jahren erhebliche Wanderungsbewegungen auslösen. Ganze Landstriche werden sich entleeren, Städte werden verfallen. Andere Stadtregionen werden wachsen. Es wird Städte mit hundert verschiedenen Kulturen geben. Was können Stadträume für einen Beitrag leisten, um diese kulturelle Komplexität produktiv zu bewältigen oder gar als Potenzial zu nutzen. Neue Landschaften werden entstehen, sekundäre Urwälder und Savannen. Welche Chancen und Gefahren sind damit verbunden, was bedeutet dies für die Landwirtschaft, den Forst, den Tourismus? Das Klima wird sich in Mitteleuropa in den nächsten fünfzig Jahren um 2 Grad erwärmen. Was bedeutet dies für die großen Flusssysteme, was bedeutet dies für das Wetter und die damit verbundenen Extremereignisse? Wie eigentümlich naiv wirkt in diesem Zusammenhang die Frage, ob denn Planung noch notwendig sei. Wenn man denn Blick ein wenig ausweitet und über Kassel, Hessen und Deutschland hinausschaut, verstärkt sich für mich der Eindruck der Weltfremdheit mancher Diskussionen in diesem Hause. Cairo ist vier Flugstunden von Frankfurt entfernt. Diese Megastadt wächst jährlich in der Größenordnung einer Stadt wie Kassel. Das meiste davon ist selbstregulierte Stadtentwicklung wie fast überall in Asien, Afrika und Südamerika. Glaubt man im Ernst, es gehe uns nichts an, was Planung und Architektur in solchen Systemen für eine Rolle spielt? Die Frage ist nicht, ob man Planung braucht, sondern welche Planung gebraucht wird. Muss es ein neues Planungsparadigma geben wie den Funktionalismus oder sollte auch die Planungstheorie pluralistisch werden. Auch hier gilt: Es ist nicht die Frage, ob die praktische Planung theoretisch fundiert sein muss, sondern um welche Theorie es sich handelt.

Ich bin mir sicher, dass die folgenden Beiträge und Diskussionen dazu beitragen, die richtigen Fragen zu stellen und die Korridore der Antworten abzustecken. Ich selbst bin der Ansicht, dass es gerade die

Verschränkung von wissenschaftlich-systematischer Analyse und gegenständlichem Entwurf ist, die den Beitrag für die Gestaltung der zukünftigen Raumentwicklung leisten kann, den man von einer akademischen Planerausbildung erwarten darf.

# Die Städte schrumpfen und wachsen zugleich

Klaus Pfromm, Einführung



Die deutschen Städte werden in der Summe, bei Fortschreibung der aktuellen Entwicklung und einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen, in 50 Jahren bis zu 15 Mio. Einwohner verlieren. Bis 2050 wird die Überalterung von 23 % auf 35,8 % weiter zunehmen (Statistisches Bundesamt).

Wenn einige Städte ihre Verluste dämpfen können, werden andere um so stärker schrumpfen. In allen Städten wird überproportional der Verlust deutscher, wohlhabender Bürger fortschreiten und der Anteil der Einwanderer steigen.

In den ostdeutschen Städten, bestimmt von Abwanderung und Wirtschaftsschwäche, schlagen sich Planer zunehmend mit den Folgeproblemen der Schrumpfungsprozesse herum. Aber immer gerade soweit, wie die Auswirkungen aktuell wirksam werden. Zunächst mit überflüssigen Kindergärten, dann mit entleerten Schulen und nun mit dauerhaftem Wohnungsleerstand. Der demographische Strukturwandel wird alle Bereiche des städtischen Lebens verändern und vor allem in der Wohnungspolitik und für die Infrastrukturausstattung erhebliche Anpassungsänderungen verlangen. Planungsmodelle werden erforderlich für eine Stadt, in der die Bevölkerung schrumpft und sich in ihrer Zusammensetzung dramatisch wandelt.

Wenn es der deutschen Politik gelingt den Bevölkerungsschwund durch Einwanderung zu bremsen, werden 200.000 Einwanderer pro Jahr die Einwohnerzahl 2050 auf 70 Millionen stabilisieren, das werden in der Summe 10.000.000 Personen sein, im oberen und vor allem im unteren Beschäftigungssektor. Diese Zuwanderer und ihre Kinder werden in erster Linie in den wirtschaftlich starken Städten wohnen und arbeiten, auszubilden und zu integrieren sein. In den zentralen Stadtquartieren wird ihr Anteil deutlich über 50 % betragen. Nach den Erfahrungen in Einwanderer-Städten wird die Segregation der Ethnien mit dem Ansteigen ihrer Mitglieder zunehmen.

Kann unter diesen Umständen das Modell direkter, individueller Integration aufrecht erhalten werden oder muss auch planerische Vorsorge getroffen werden für einen gestuften Prozess, ausgehend von

gewollt ethnisch dominierten Stadtquartieren und ihren besonderen Ansprüchen und Leistungsmöglichkeiten?

Die demografische Entwicklung wird überlagert vom Wandel der Arbeitswelt und der Lebensstile. Die global orientierte Wirtschaft verlangt von Betrieben und Personal erhebliche Mobilität. Standorte von Unternehmen, Arbeitsplätzen und Beschäftigten werden häufiger betrieblichen Anforderungen angepasst. Die lokale Wirtschaft wird im Dienstleistungssektor angepasst und erweitert werden müssen. Der Betreuungsbedarf für Senioren wird steigen und sich ausdifferenzieren. Die Konkurrenzfähigkeit der Städte im nationalen und internationalen Standortwettbewerb, aber auch zwischen den Städten, wird entscheidend von differenzierten, auch neuen Wohnangeboten, von Dienstleistungsqualität, von qualifizierten Arbeitskräften und vom lokalen Verwaltungs- und Planungsklima abhängen.

Die räumliche Segregation der relativ homogenen Stadtbevölkerung verstärkt sich entlang der Trennungslinien von Vermögen, Berufsqualifikation und Ausländeranteil und spaltet die Stadt in sichere, saubere Quartiere und gefährliche und verwaarloste Orte. Dem Mischungsparadigma der Planung steht eine sich weiter segregierende städtische Struktur gegenüber. Der Arbeits-, Konsum- und Freizeitstil der Industrie-Dienstleistungsnationen ist zunächst zukunftszerstörend. Dennoch gilt, dass in den Städten die Aussichten für einen Weg zur Nachhaltigkeit am größten sind. Am wichtigsten ist sicher die zivilgesellschaftliche und politische Entwicklung bescheidener Lebensführung. Doch auch für die Planung muss die Entwicklung von wirksamen Instrumenten zur zukunftsfähigen Verstärkung und Ausgestaltung der Innenentwicklung intensiviert werden. Als wesentliches Element der Stabilisierung stadtgesellschaftlicher Verantwortung und Sicherheit ist die Bildung von Wohneigentum erkannt. Nun muss das planerische Wohlfahrtsparadigma der Fürsorge für Benachteiligte durch die Unterstützung der Normalhaushalte ergänzt werden.

## Schrumpfung und Planung: Anmerkungen aus einer ostdeutschen Perspektive

I. Spätestens seit der Veröffentlichung des Berichtes der Regierungskommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ im November 2000 sind die dramatischen Einwohnerverluste und in deren Folge eklatante Leerstände im Geschosswohnungsbau ostdeutscher Städte (derzeit ca. 1 Millionen Wohnungen) und die Frage, wie Schrumpfung zu steuern sei, in der Fach- und Politikdebatte. Sachsen und seit kurzem auch Sachsen-Anhalt verlangen von den betroffenen Kommunen Stadtentwicklungskonzepte, die den Städtumbau als möglichst geordneten Rückzug aus der Fläche begleiten und anleiten sollen. Nur dann sind die Landesregierungen bereit, den seit Mitte der 90er Jahre von der Wohnungswirtschaft zunehmend geforderten Abriss von Wohnungen – die Kommission empfiehlt jetzt den Rückbau von 300–400 Tausend Wohnungen in Ostdeutschland – zu subventionieren.



Kaum liegen nun erste Rahmenkonzepte vor, machen Städte wie Leipzig erste Erfahrungen mit dem Widerstand von Wohnungsgesellschaften gegen die kommunalen Pläne für den stadtverträglichen Rückbau: Was unter städtebaulichen Aspekten als sinnvolle „Arrondierung“ von Stadtteilen – und das meint hier Reduktion in Größenordnungen – betrachtet wird, trifft im konkreten Fall wesentliche Teile des Bestandes einer Gesellschaft und bedeutet möglicherweise deren entgeltliches wirtschaftliches Aus, das den betroffenen Unternehmen jedoch auch drohen kann, wenn sie den Leerstand unangetastet lassen. Denn die mit dem Leerstand verbundenen Kosten sind von den Unternehmen nicht länger zu finanzieren. In dieser Situation kommen Hoffnungen und Kalküle der Wohnungsunternehmen ins Spiel, dass jeder Bankrott eines Konkurrenten die Chancen der verbliebenen Unternehmen im Wettbewerb um immer weniger und wählerischer werdende Kunden

auf dem kommunalen Wohnungsmarkt erhöht, der mittlerweile ein reiner Mietermarkt ist. Die Struktur der Immobilienwirtschaft in Ostdeutschland (die ja gleichzeitig mit dramatischen Leerständen bei Gewerbe- und Handelsimmobilien konfrontiert ist) wird sich am Ende dieses Marktberichtigungsprozesses, der mittel- und langfristig abläuft, vollständig verändert haben.

Die Erfahrungen mit den Privatisierungen der ostdeutschen Industrieunternehmen durch die Treuhand in den 90er Jahren lassen erwarten, dass Kommunen in Zukunft mit völlig neuen, wahrscheinlich häufig wechselnden, rein ökonomisch operierenden Partnern am Tisch sitzen, die attraktive Bestände insolventer und zwangsversteigerter Wohnungsunternehmen in den kommenden Jahren aufkaufen werden. Deren Absichten werden sich kaum an gesamtstädtischen oder teilräumlichen Entwicklungsvorstellungen sondern an eigenen betriebswirtschaftlichen Interessen orientieren. Qualifizierte städtische Entwicklungskonzepte, die Positionen zur Entwicklung der Kommunen verdeutlichen, sind ein wichtiges Instrument, den Dialog nicht zuletzt mit diesen neuen Akteuren zu bestreiten. Sie müssen aber auch Spiegel einer nüchternen Bestandsaufnahme und zukunftsbezogenen Selbstvergewisserung der Städte sein.

**II.** „Unsere Kultur kann Schrumpfung nicht denken“, sagte unlängst der Architekturkritiker Wolfgang Kil. „Kann Planung Schrumpfung lenken?“ ließe sich im Anschluss fragen. Die Planungsdisziplin hat im 20. Jahrhundert über lange Zeit nur Konzepte und Instrumentarien zu Steuerung von Zuwächsen entwickelt. Die Hinwendung der Planung zum Thema der Bestandsentwicklung und -pflege, nicht nur in Traditioninseln, die den touristischen Blick auf sich ziehen, sondern auch in Stadtteilen mit besonderen ökonomischen, sozialen und/oder Umweltproblemen, ist eine Errungenschaft der letzten beiden Dekaden. Sie macht deutlich, dass die Disziplin in der Vergangenheit fähig war zu Reformen und Anpassungsleistungen an eine veränderte Realität der Industriegesellschaft.

Anfang der 80er Jahre gerieten Planungskonzepte mit umfassendem Regulierungsanspruch ins Hintertreffen, während projektorientierte, inkrementalistische Modelle und gleichzeitig prozessorientierte, kooperative Planungsstrategien, die zwischen Staat, Markt und privaten Akteuren vermitteln, ins Handlungsrepertoire innovativer Planung Eingang fanden. Seit einiger Zeit gibt es Indizien für eine Renaissance von wieder umfassenderen Planungskonzeptionen. Darauf weist nicht

nur die Forderung nach Stadtentwicklungskonzepten für die Einbettung von flächenhaftem Wohnungsabriss in ostdeutschen Städten hin. Auch die Versuche zur Vernetzung, Abstimmung und Steuerung regionaler Entwicklungen im Rahmen gemeinsam ausgehandelter und vereinbarter Entwicklungsziele und Modellprojekte, mit denen Vorteile im globalen Wettbewerb von Wirtschaftsregionen erzielt werden sollen, sind Ausdruck des Bedarfs an stärker integrierten, qualitativ ausgerichteten Konzeptionen zur regionalen Profilbildung.

Angesichts ablaufender räumlicher Restrukturierungen in Europa vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und der sich weiter globalisierenden Ökonomie, wie sie hier auch von Klaus Pfromm skizziert worden sind, ist die Frage wichtig, ob die planerischen Leitbilder und Werkzeuge ausreichen, Entwicklungen „anzuleiten“ oder zu orientieren, und wie sich die Ausbildung in den Planungsdisziplinen auf die neuen Herausforderungen einzustellen hätte.

Planung kann auf die „Radikalisierung“ räumlicher Entwicklungen, die sich einerseits als zunehmende Urbanisierung wirtschaftlich prosperierender Stadtregionen und andererseits als weitgehende Deurbanisation und Deökonomisierung von strukturschwachen Räumen darstellt, nur indirekt und bedingt Einfluss nehmen. Das muss sie tun mit einem differenzierten Register von Strategien, die in Ansätzen bereits entwickelt sind, aber zukünftig viel entschiedener weitergedacht und operationalisiert werden müssen.

Ostdeutschland bietet derzeit vielleicht den Modellfall für den Abschied vom grundgesetzlichen Postulat der Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen, der maßstabbildend für die räumliche Planung im Nachkriegsdeutschland war. Das Nachvereinigungsdeutschland ist nicht die erweiterte alte Bundesrepublik, sondern ein neues Land mit deutlichem Wohlstandsgefälle West-Ost: Die Aussicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsplätze zieht verstärkt junge, gut ausgebildete Ostdeutsche nach Westdeutschland, die dort einen Teil des Bruttoinlandproduktes erwirtschaften, das in Transferzahlungen zur Stabilisierung, langfristigen Entwicklung und Restrukturierung nach Ostdeutschland zurückfließen wird. Die bis 2015 vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung prognostizierte räumliche Entwicklung für die Bundesrepublik zeigt das weitere Leerlaufen großer Teile von Mecklenburg-Vorpommern, Nordbrandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zugunsten weniger ostdeutscher Wachstumsregionen vor allem um Berlin und im sächsischen Stadtgebiet zwischen Leipzig, Dresden und Chemnitz. Im Vergleich dazu hat

Westdeutschland solchen Bevölkerungsschwund in den nächsten 15 Jahren „nur“ für das Ruhrgebiet, das Saarland und die Schwäbische Alb zu erwarten.

**III.** „Schrumpfung planen“ erfordert nicht einfach das Einlegen des „Rückwärtsganges“ zur Umkehrung von Wachstumsplanungen: Etwa Abriss des Geschosswohnungsbaus in der chronologischen Reihenfolge seiner Errichtung. – Es ist nicht zu erwarten, dass im Ergebnis der hier für Ostdeutschland skizzierten Schrumpfungsprozesse sukzessive die Stadterweiterungen des 20. Jahrhunderts abgetragen werden, und sich auf diese Weise die Kerne der europäischen Stadt wiedergewinnen lassen, obwohl das Sehnsüchte mancher Akteure sind. Vielmehr wird sich die Fragmentierung des Stadtraumes fortsetzen und vergrößern in einem Maß, das unsere Vorstellungskraft derzeit wahrscheinlich noch übersteigt: Man könnte an Siedlungsschollen denken, die auf der Brache schwimmen wie letzte Fettaugen auf einer ansonsten mageren Suppe. Die Verinselung von Stadt in Fragmente unterschiedlicher Prosperität und baulicher Dichte wird den Raum bestimmen sowohl in absolut schrumpfenden wie auch denjenigen Städten, die durch Suburbanisierung flächenmäßig weiter wachsen. Auf diese Verdünnung und Entdichtung kann Politik mit der Formierung und Förderung von regional operierenden Gemeinden und Städten reagieren: Eingemeindungen sind ein Instrument der kurzfristigen Entspannung des Problems. Der Versuch, im Zuge regionalisierter Wirtschaftspolitik strategische Kooperationen und Entwicklungsvorhaben innerhalb von Regionen anzuregen, ist eine weitere Strategie, die jedoch bisher zu wenig innovative Entwicklungen hervorbringt und von den Städten nur zögernd als Chance für neue Entwicklungsimpulse begriffen wird.

Welche Leitbilder/Ansätze können den ostdeutschen Stadtumbau anleiten im Sinne der „Schrumpfung als Chance“ und des Erhalts von kommunaler Handlungsfähigkeit und Stärkung der Zivilgesellschaft? Wichtig sind aus meiner Sicht:

- Förderung und Stärkung von regionalen Netzwerkstrukturen moderner Produktion und Dienstleistungen im Verbund mit der Entwicklung von Forschungs- und Bildungseinrichtungen
- Zulassen und Unterstützen von „Ökonomien in Nischen“ und informeller Arbeit, die den Charakter von akzeptierten „Sonderwirtschaftsformen und -räumen“ annehmen könnten. Infrastrukturell-landschaftsbezogene Planungskonzepte, die Logistik und Vernet-



zung sowie differenzierte Freiraumqualitäten als robustes, strategisches Entwicklungsgerüst definieren, optimieren, herstellen oder erhalten: Was übrig bleibt (und neu dazu kommt) an Funktionen, Nutzungen, Gebäuden, Aktivitäten, ist auf dieses Basisgerüst zu beziehen

- Im Kontext solcher Infrastruktur-, Landschafts- und Freiraumgerüste müssten Städtebau und Architektur konzeptionell begriffen werden als Herstellung eines mehrdimensionalen, offenen Raumes, der Wohnen, Arbeiten und Freizeit überlagert und verdichtet. Dieses Konzept lässt sich prinzipiell im Bestand wie im Neubau verfolgen. Allerdings geht es dabei um andere und neue urbane Leitbilder als das der Nutzungsgemischten europäischen Stadt.
- Motivation von (Frei)Raumaneignung als Steigerung des Konsums vorhandener leergefallener Flächen zum fast „Nulltarif“
- Unterstützung für Eigeninitiativen, die wirtschaftliche Impulse geben und/oder den demokratischen und sozialen Aktionsraum der Stadt dichter, vielfältiger machen und stärken
- Moderation von Interessenskonflikten und Auseinandersetzungen um die Nutzung und Gestaltung von städtischen Räumen und Ressourcen, die auch auftreten, wenn „zu viel Raum“ vorhanden ist
- Interkommunale und regionale Kooperation zur Bündelung von Ressourcen und Abstimmung von ökonomischen, räumlichen und sozial-ökologischen Entwicklungen
- Schrumpfende Städte und Regionen müssen ihre Zukunft als „abgespecktes“ und höchst qualitätvolles Programm neu erfinden. Maßgebend für die Entwicklung schrumpfender Städte und Regionen sind die gleichen Trends, denen sich prosperierende Stadtregionen stellen müssen: Wissen und Bildung, Informatisierung und Miniaturisierung von Produktion als Basis der neuen Ökonomie, Telematisierung des Arbeitens und Wohnens, Ausdifferenzierung und gleichzeitige Homogenisierung von sozialen Milieus, die gesteigerte Erlebnis- und Ereignisorientierung als Motiv gesellschaftlicher Praxis sind hier zu nennen.

**IV.** Für die Hochschulen und ihre Ausbildung in den Planungsdisziplinen ergibt sich meines Erachtens die Herausforderung, neben einem grundständigen Studium, das architektonisch-urbanistische, landschaftsplanerische und raumplanerische Methoden und Strategien vermittelt, eine breite Spezialisierung in den angedeuteten Richtungen zu ermöglichen, die von der Regionalentwicklung über das

Immobilienmanagement bis zum Quartiersmanagement reicht. Das ist ein Spektrum, das von einzelnen Hochschulen kaum vorgehalten werden kann. Ich würde eine Chance darin sehen, wenn sich Universitäten mit planungsrelevanten Studienangeboten national und auf europäischer Ebene vernetzen und abgestimmte Curricula entwickeln, die in einem solchen internationalen Hochschulverbund studiert werden können und zu anerkannten Abschlüssen führen. Das würde die Konzentration von Kompetenzen und Profilierungen einzelner Planungs-fakultäten zu lassen, die sich weniger konkurrierend als kooperierend mit anderen Anbietern in einer europäischen Planungsbildungsland-schaft behaupten. Die weitere Durchsetzung der neuen Kommunika-tions- und Informationstechnologien unterstützt ein derartiges Kon-zept transnationaler Ausbildung.

## International sein oder nicht sein?

Wie muss die Ausbildung von Raumplanerinnen in Deutschland auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren?

*Überarbeiteter Text des Vortrages aus Anlass des Abschiedskolloquiums für Klaus Pfromm zum Thema "Stadt- Planung- Studium: Perspektive 21. an der Universität/Gesamthochschule Kassel am 02-02-2001*

### **1. Das neue Interesse an der Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland**

Seitdem die überregionalen Zeitungen mit immer neuen Aufforderungen an die sehr mit sich selbst und ihren Gremien befassten Hochschulen, doch den globalen Zug nicht zu verpassen, die politische Öffentlichkeit alarmiert haben, vergeht keine Woche, in der nicht neue Initiativen zur Internationalisierung deutscher Hochschulen angekündigt werden. Das Thema Globalisierung ist daher auch an deutschen Universitäten zu einem aktuellen hochschulpolitischen Thema geworden. Die Europäische Kommission hatte schon vor Jahren die Notwendigkeit zur Überwindung nationaler Bildungsgrenzen postuliert. Die von ihr angestoßenen europäischen Austauschprogramme ERASMUS und SOCRATES haben ihre ermunternde Wirkung auf Studierende in Europa nicht verfehlt, doch für ein Semester ins Ausland zu gehen. Auch ein immer größerer Anteil von Studentinnen\* aus Deutschland tut dies. Natürlich möchten alle am liebsten nach Großbritannien, schon der Sprache wegen. Aber auch Frankreich, Italien, Spanien, Schweden und die Niederlande sind nicht viel weniger attraktiv. Darüber hinaus finden sich dann doch immer weniger, die nach Portugal, Polen, Finnland oder Griechenland gehen wollen, es sei denn sie studieren Sprach- oder Kulturwissenschaften. Aber auch der deutsche akademische Auslandsdienst und die Deutsche Forschungsgemeinschaft bieten Anreize für die Einrichtung internationaler Studiengänge an und immer mehr Hochschulen



in Deutschland, allen voran die Fachhochschulen, bieten Programme an, in deren Verlauf ein Auslandsemester vorgesehen ist.

Raumplanerinnen, jedenfalls die, die in der Tradition der Architektur- ausbildung standen, hatten schon immer neugierige Blicke über den nationalen Raum geworfen. Sie stehen Auslandsaufenthalten sehr offen gegenüber, weil sie wissen, dass die alle Lebensbereiche durchdringende Globalisierung erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung von Städten und Regionen in Europa hat. Sie sind wissbegierig, was in anderen Ländern geschieht, sie erhoffen sich neue Anregungen und kommen, nachdem sie mit distanzierterem Blick von außen die deutsche Planungslandschaft neu schätzen gelernt haben, mit neuen Ideen zurück. Oft sind die Studierenden an den Fakultäten für Raumplanung bereits sehr viel internationaler orientiert, als diejenigen, die sie in die Geheimnisse der Raumplanung als Wissenschaft oder als Beruf einweihen. Und sie lesen natürlich auch in den Medien und Anzeigen, jedenfalls in solchen aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften, dass Auslandserfahrung bei der Bewerbung um eine attraktive Stelle heute bereits unverzichtbar ist. International sein oder nicht sein ist also für sie gar keine ernsthafte Frage. Sie sind es bereits. In diesem Beitrag geht es daher auch nicht darum, die Notwendigkeit der Internationalisierung der Ausbildung von Raumplanerinnen noch einmal zu begründen. Es geht um zweierlei. Zunächst geht es darum, Anregungen dafür zu geben, wie deutsche Studierende auf die wachsenden internationalen Anforderungen des Berufsfeldes Raumplanung in deutschen Städten und Regionen sinnvoll vorbereitet werden, aber auch, wie sie auf einem europäischen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig werden bzw. bleiben. Zum anderen geht es aber auch darum, darauf hinzuwirken, dass sich die Planungsfakultäten in Deutschland in Zukunft sehr viel mehr darum bemühen, ausländische Studierende nach Deutschland zu holen bzw. für Deutschland zu interessieren. Wie, das soll in diesem Beitrag auch angesprochen werden.

## **2. Warum ist Globalisierung auch ein Thema für die Raumplanung?**

Das Warum bedarf im Grunde keiner ausführlichen Begründung mehr. Die Auswirkungen, die Globalisierung auf die Entwicklung von Städten und Regionen in Deutschland hat, sind schon tausendfach beschrieben worden. Es sind im Wesentlichen die folgenden Herausforderungen, mit denen insbesondere die großen Stadtregionen konfrontiert sind:

Die Stadtregionen in Deutschland sind, wie die anderer Länder Europas auch, einem zunehmenden internationalen Standortwettbewerb um Investoren, Investitionen, Arbeitsplätze und qualifizierte Arbeitskräfte ausgesetzt. Sie reagieren darauf mit einer nicht immer sehr rationalen außenorientierten Stadtpolitik („Stadt-Außenpolitik“), einer Politik der spektakulären großen Projekte und medienwirksamer Ereignisse, die nicht ohne polarisierende Folgen für die kommunale Stadt-Innenpolitik bleibt.

Weltweit aktive Ketten von Markenunternehmen in Handel und Dienstleistung verdrängen immer mehr alteingesessene Familienunternehmen von ihren traditionellen Standorten in den Innenstädten. Damit passen sich die Erscheinungsformen von Innenstädten und Einkaufszentren einem nivellierenden internationalen Profil an, wenn nicht lokale Baustrukturen und bauliche Symbole so stark sind, dass sie die unaufhaltsame Internationalisierung urbaner Baustrukturen auch weiterhin dominieren.

Die globalen Verflechtungen von Wirtschaftsunternehmen verändern die Standortlogik lokaler Unternehmen. Sie nutzen in zunehmendem Maße Produktionsstandorte in Billiglohnländern und suchen für ihre Forschungs- und Entwicklungszentren die Nähe von renommierten Forschungseinrichtungen oder „lifestyle“-Regionen, auch wenn ihre (immer kleiner werdenden) Hauptverwaltungen in der Regel am traditionellen Standort verbleiben.

Die Stadtregionen müssen sich, und sie tun dies im Zusammenhang mit offeneren Grenzen in Europa auch immer mehr, auf die Zuwanderung von einer zunehmende Zahl von ausländischen Bürgern unterschiedlicher Herkunftsländer einlassen, die aus anderen kulturellen Lebenszusammenhängen stammen und daher auch ganz andere Anforderung an eine mehr und mehr erforderliche multikulturelle Stadtpolitik und städtische Infrastruktur stellen. Mit einer wachsenden Zahl an Migranten breiten sich ethnisch geprägte lokale Ökonomien in fast allen europäischen Stadtregionen weiter aus. Es entstehen räumlich begrenzte Cluster und inhaltlich spezialisierte Stadträume, die ganz andere stadtentwicklungspolitische Herangehensweisen erfordern.

Mit dem unbegrenzten Zugang zu globalen Informationen und Wissen internationalisieren sich die Wertesysteme der Bürger. Regionale und nationale Traditionen verlieren gegenüber mediengekürten Lebensstilen und kurzlebigen Moden an Bedeutung. Dies wirkt sich

auf alle Bereiche des urbanen Lebens aus. Der Niedergang der öffentlichen städtischen Badeanstalten und der Aufstieg der privaten Spaßbäder und Badeanstalten ist nur ein Beispiel dafür. Freizeit ist in der globalisierten Wohlstandsgesellschaft zu einem vom Markt bestimmten Konsumgut geworden, das durch stark vorgeprägte, an internationalen Trends orientierte Freizeitangebote regionale Traditionen immer weiter verdrängt. Städte sehen sich gezwungen, die Balance im Spannungsfeld von unterhaltungsorientiertem „Urban Entertainment“ und regionalen bildungsbezogenen Kulturangeboten zu halten. Planerinnen, die im öffentlichen Sektor in Städten und Regionen arbeiten, oder als Entwickler, Consultants oder Forscher für öffentliche und private Institutionen und Investoren tätig sind, müssen sich mit diesen internationalen Wirkungen auf ihr Aufgabenfeld in Städten und Regionen auseinandersetzen. Sie müssen darauf reagieren und innovative Strategien entwickeln und durchsetzen. Dies übersteigt den alten Kanon von Lehrinhalten, die in der Vergangenheit im wesentlichen an den „städtebaulichen“ Anforderungen des Referendariats ausgerichtet waren und meist auch noch sind.

### **3. Warum studieren so wenige Ausländerinnen an deutschen Hochschulen?**

In den letzten Jahrzehnten ist es schwierig geworden, ausländische Studierende nach Europa, nach Deutschland einzuwerben. Woran liegt es? Diese Frage stellen sich derzeit sowohl die Europäische Union, wie einzelne, nicht-englischsprachige Länder Europas, nachdem sie wahrgenommen haben, dass der Sog internationaler Eliten in die USA, langfristig erhebliche Nachteile für Wissenschaft und Wirtschaft in Europa mit sich bringt. Während jeder deutsche Studierende gerne ein Aufbaustudium an einer der bekannten Elite-Hochschulen der Vereinigten Staaten machen möchte, gibt es beispielsweise nur sehr wenig nordamerikanische Studierende, die denselben Wunsch äußern, dies in Europa oder in Deutschland zu tun, sieht man von Studierenden im Bereich Architektur oder Musik einmal ab, wo Europa immer noch ein Wunschort für weiterbildende Studien ist. Für viele asiatische Studierende sind die USA selbstverständlich das Land mit der höchsten Priorität für ein Auslandsstudium, jedenfalls im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, aber auch für Ingenieur- und Planungswissenschaften. Erst wenn ein amerikanisches Stipendium nicht zu erhalten ist, wird ein deutsches als Trostpflaster akzeptiert.

Die zentralen Gründe sind schnell aufgezählt: Sprache, Image, Marketing, Studienstrukturen, Internationale Präsenz und Arbeitsmarkt. Nie ist es ein Grund allein, immer ist es eine Kombination von Gründen, warum deutsche Hochschulen nicht vorne auf der Wunschliste von Studierenden aus aller Welt stehen, trotz aller Bemühungen von DAAD und Humboldt-Stiftung.

#### *Deutsch als Studiensprache*

Deutsch wird in immer weniger Ländern als Fremdsprache gelehrt und gelernt, als Wissenschaftssprache hat sie in den letzten Jahrzehnten ihre Bedeutung ganz verloren. Ein Studium in Deutschland ist mit ganz wenigen Ausnahmen (beispielsweise der Studiengang SPRING an der Universität Dortmund) ohne den Nachweis von Deutschkenntnissen nicht möglich. Einzelne englische Lehrveranstaltungen, die inzwischen an Hochschulen angeboten werden, lösen dieses Problem auch nicht. Und noch sind nicht alle Lehrenden an deutschen Universitäten in der Lage, anspruchsvolle Lehrveranstaltungen in englischer Sprache anzubieten. (Es war ja in der Vergangenheit auch kein Kriterium bei Berufungen.) Selbst das weitgehend kostenlose Studium in Deutschland ermutigt nur wenige ausländische Studierende, auch deutsch zu lernen (Vielleicht ist ja auch das, was billig ist, nichts wert!).

#### *Inflexible Studienstrukturen*

Die wenig gegliederten Studienstrukturen des deutscher Hochschulsystems erfordern sehr lange Studienzeiten. Eine Studiendauer von zehn und mehr Jahren bis zum Abschluss eines ingenieurwissenschaftlichen Doktorats (und ohne diesen begehrten Titel wollen nur wenige asiatische Studierende nach Hause kommen) ist nicht ungewöhnlich. Hier zeichnen sich inzwischen erste Änderungen ab, die es, zusammen mit internationalen Anerkennungsverfahren, ausländischen Studienbewerberinnen leichter machen, für nur eine begrenzte Zeit nach Deutschland zu kommen.

#### *Wenig zielgruppenorientierte Studienangebote*

Für Studierende aus dem Ausland wurden in der Vergangenheit nur wenige Programme angeboten, die auf deren Bedürfnisse ausgerichtet waren. Es galt die Regel; ausländische Studierende müssen das lernen, was auch deutsche Studierende lernen müssen. Dies war und ist,

insbesondere im Vergleich mit angloamerikanischen Hochschulen, nicht besonders einladend.

#### *Geringe internationale Präsenz deutscher Wissenschaftler*

Mit Ausnahmen, sind deutsche Wissenschaftler, insbesondere in den Ingenieur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, vergleichsweise wenig in internationalen Fachöffentlichkeit präsent und bekannt. Das hat etwas mit Sprachfähigkeit zu tun, aber auch mit ihrer auf den deutschen Markt beschränkten Veröffentlichungspraxis, aber vielleicht auch damit, dass deutsche Hochschulen erst in jüngster Zeit damit begonnen haben, ihre Fakultäten zu evaluieren. Hinzu kommt, dass die internationale Verlagslandschaft, die Autoren fördert und verlegt, sehr stark auf den angloamerikanischen Autorenmarkt zurück greift, und in Bibliotheken ausländischer Hochschulen im Ausland in der Regel nur wenig deutschsprachige und auf Deutschland bezogene Literatur zu finden ist.

#### *Ungenügende Marketing Aktivitäten deutscher Hochschulen*

Angesichts dauerhaft gesicherter staatlicher Förderung und geregelter Zuweisung von Studierenden hatten es deutsche Hochschulen nie nötig, sich auf dem nationalen oder gar globalen Bildungsmarkt zu verkaufen. Das Image deutscher Hochschulen im Ausland ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich schlechter geworden. Ein viel gelebener amerikanischer Studienführer nennt lediglich die Universität Heidelberg als empfehlenswert, was wohl mehr mit Mark Twain zu tun hat, der so brillant über das deutsche Studentenleben in Heidelberg geschrieben hat, als mit einer rationalen Bewertung der deutschen Hochschullandschaft. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass deutsche Hochschulen erst spät und mit völlig unzureichenden Mitteln aktive Alumni- Organisationen eingerichtet und gefördert haben, wiederum ganz im Gegensatz zu den massiven Kampagnen amerikanischer Hochschulen.

#### *Geringe Attraktivität deutscher Studienorte*

Nur wenige deutsche Studienorte sind für Ausländerinnen auch als Wohnorte international attraktiv. Die Klischee-Standorte stehen dabei natürlich ganz vorne: Berlin ist natürlich an erster Stelle, insbesondere seit der Wiedervereinigung, München und Hamburg sind gefragt,



vielleicht auch noch Bonn, Köln, Aachen, Heidelberg oder Göttingen, aber darüber hinaus hängt es schon meist nur noch von persönlichen und fachwissenschaftlichen Netzen ab, warum ein bestimmter Studienort in Deutschland gewählt wird.

#### *Kein deutscher Arbeitsmarkt für die Zeit danach*

Studierende aus dem Ausland, insbesondere solche aus Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, sollten nach dem Studium in Deutschland, so die allgemeine Ansicht und Sprachregelung, in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort beruflich tätig zu werden, sei es im akademischen Ausbildungsbereich, im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft. Diese ideologische Festlegung, wenig durchlässige Einwanderungsbestimmungen und eine geringe Neigung deutscher Institutionen, universitär ausgebildete Ausländerinnen nach Abschluss ihres Studiums zu beschäftigen, machen es ausländischen Studierenden sehr schwer auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. (Im Grund müssen sie immer nachweisen, dass sie in ihrer Heimat politisch verfolgt werden oder sie müssen einen Deutschen oder eine Deutsche heiraten.) Dies mindert die Attraktivität deutscher Hochschulen erheblich. Erst in jüngster Zeit werden (und nicht zuletzt aus Angst vor dem Zerfall des deutschen Rentensystems) Änderungen der Einwanderungspolitik breit erörtert. Die Tatsache, dass Deutschland bald 10 Millionen Einwohner weniger haben wird, erleichtert die Integrationsbemühungen.

#### *Für den Bereich der Raumplanung treffen alle diese Gründe zu*

Erschwerend kommt allerdings noch hinzu, dass Raumplanung als eigenständiger Studiengang ohnehin nur an fünf Standorten in Deutschland studiert werden kann. Die Zahl ausländischer Studierender an diesen Fakultäten/Fachbereichen ist erschreckend gering (abgesehen vom englischsprachigen SPRING an der Universität Dortmund, der fast ausschließlich auf Studierende aus Entwicklungsländern ausgerichtet ist). Warum ist dies so? In der internationalen Fachliteraturzene ist die Dominanz angloamerikanischer Meinungsbildung im Bereich der Raumforschung erdrückend. Nur wenige deutsche Autoren werden international wahrgenommen und gelesen. Viele deutsche Diplomarbeiten und Dissertationen enthalten eine Fülle von Hinweisen auf amerikanischer und englische Veröffentlichungen, in amerikanischen Arbeiten sind in der Regel keine Hinweise auf deutsche

Autoren zu finden. Dies hat mit der Sprache zu tun, mit der Qualität der Fachliteratur hat es absolut nichts zu tun, denn dort wo englischsprachige Autoren sich mit einzelne Aspekten der Raumplanung in Deutschland befassen, sind sie in der Regel auch voller Begeisterung über einzelne Erfolge der Raumplanung in Deutschland. Aber die mangelnde Rezeption ist eine Tatsache, die kein gutes Licht auf die deutsche Fachöffentlichkeit auf dem Gebiet der Raumplanung wirft. Kein Trost sollte es sein, das dies in Frankreich und in Italien natürlich auch nicht viel anders ist.

Für die Raumplanung kommt weiterhin noch hinzu, dass das deutsche Raumplanungssystem sehr praktisch orientiert ist und sich nur auf die akademische Brillanz zurückzieht. Damit wird aber auch die Ausbildung in hohem Maße auf die Berufsfertigkeit innerhalb des deutschen Planungssystems ausgerichtet (wobei das Studium auch als Voraussetzung für das Referendariat im öffentlichen Dienst dient), auf etwas was es in dieser staatlich regulierten Form im dominierend angloamerikanischen Kontext nicht gibt, wo die Berufsverbände selbst die Ausbildung kontrollieren, nicht aber der Staat. Für ausländische Studierende baut dies eine zusätzliche Hürde auf.

Noch etwas: Es ist erstaunlich, wie wenige Türken in Deutschland im Berufsfeld Raumplanung tätig sind, obwohl die Zahl derer, die einen türkischen Pass haben oder aus türkischen Familien stammen, nicht unerheblich ist, und es ja auch stadtpolitische Probleme gibt, mit denen türkisch sprechende Planer vielleicht besser umgehen können. Natürlich hat dies mit den Berufspräferenzen von türkischen Studierenden zu tun (Raumplanung ist kein Traumfach für Türkinnen), auch mit den geringen Bemühungen von Planungsfakultäten, sich um solche Studierende zu bemühen. Es hat aber natürlich vor allem mit den Einstellungsgewohnheiten und den Sprachanforderungen des öffentlichen Dienstes zu tun, der für Ausländerinnen nur schwer zugänglich ist. Vielleicht wird die neue „Einwanderungspolitik“ auch daran etwas ändern, aber solange der öffentliche Sektor eher abgebaut als neu qualifiziert wird, stehen die Chancen schlecht für ausländische Planerinnen. So bleibt im Moment eigentlich nur die Hoffnung, dass private Planungs- und Forschungsbüros Planerinnen aus dem Ausland einstellen. International agierende Beratungsunternehmen und Entwickler tun dies ohnehin. Sobald aber die Staaten Osteuropas Mitglieder der Europäischen Union werden und die Freizügigkeitsregelungen für Arbeitskräfte auch für Planerinnen gelten, wird sich vielleicht auch daran etwas ändern.

#### **4. Die Ausbildung von Raumplanerinnen internationalisieren**

Für die zukünftige Ausbildung von Raumplanerinnen an den wenigen deutschen Ausbildungsstätten für Raumplanung ergeben sich daraus neue Anforderungen. Aber wie sollen die „internationalen“ Qualifikationen in der Ausbildung gestärkt werden? Soll/muss ihre Ausbildung den Trends und Moden internationaler Raumentwicklung folgen, oder muss sie, im Gegenteil, lokale und regionale Traditionen noch viel stärker dagegensetzen? Sie muss natürlich beides tun. Die Internationalisierung der Lebensstile und Produktionsweisen ist nicht aufzuhalten, schon gar nicht durch regionalisierende Strategien einer konservativ-reaktionären Regionalisierung. Raumplanung auf allen Handlungsebenen muss dies konstatieren und die erforderlichen Konsequenzen daraus ziehen und die Ausbildungsprogramme müssen darauf vorbereiten. Viel schwerer ist es hingegen, die Studiengänge für Raumplanung an deutschen Hochschulen auch für Ausländerinnen attraktiv zu machen. Dies wird letztlich nur dann gelingen, wenn die Studiengänge modularisiert werden, damit die Studienzeiten überschaubarer werden. Die Studienzeiten für ausländische Studierende bis zum „Doktor“ sind es oft zehn und mehr Jahre (und sie werden auch nicht kürzer, wenn die Inhalte in Englisch gelehrt werden).

##### *Studiengänge modularisieren*

Die (nicht gerade durch unzureichende Sachkenntnis geprägte) hochschulpolitische Diskussion um die Modularisierung des deutschen Hochschulsystems wird über kurz oder lang dazu führen, dass auch in Deutschland eine Aufteilung des Studiums in Bachelor-, Master- und Doktorats-Studiengänge erfolgt. (Und damit wird über kurz oder lang, auch die Anerkennung der Fachhochschulen als Universitäten erfolgen, so wie es Großbritannien ja schon seit langem praktiziert, weil die Unterscheidung in Theorie- und praxisorientierte Studiengänge schon heute nicht mehr stimmt und sie in Zukunft nicht mehr viel Sinn macht. Eigentlich müssten die Fachhochschulen praxisorientierte Aufbaustudiengänge anbieten.) Einzelne Hochschulen haben sich auch schon auf dem Weg gemacht, solche Strukturen einzuführen (TU Hamburg-Harburg, TU Berlin). Für ingenieurwissenschaftliche Studiengänge hat dieses Modell den Nachteil, dass es den deutschen Grad eines Diplom-Ingenieurs mit einem Master Abschluss im anglo-amerikanischen System gleichsetzt, was, von Ausnahmen vielleicht abgesehen, nicht richtig ist. Es gibt im internationalen Bereich inzwischen eine (ausschließlich finanziell legitimierte) Schwemme von

Master-Studiengängen, die schon nach neun Monaten den Master Titel verleihen. Dabei wird darüber hinweg gesehen, dass dieser Titel auf der Grundlage einer sehr viel kürzeren Schulbildung und eines eher der gymnasialen Oberstufe vergleichbaren Bachelor Studiums verliehen wird. Im Grunde genommen müsste das für Deutschland (und für Österreich und die Schweiz) angemessene Modell 4 + 4 + 4 (vier Semester Bachelor, vier Semester Master und vier Semester Diplom) heißen.

Doch diese Modularisierung ist (nach der Anerkennung der Beschlüsse in Bologna) politisch nicht mehr zu erreichen. Also wird es in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit davon abhängen, wo ein Abschluss erworben wurde. Und dieses „wo“ wird dann mehr von einem geschickten und effektiven Universitäts-Marketing, als von der Qualität eines Studiengangs abhängen. Ein Master Degree des MIT in Cambridge oder an der UCLA wird in Europa einfach nicht mehr hinterfragt. Er gilt per se als exzellent, auch wenn er eine Planerin für eine Tätigkeit in einem deutschen Planungsamt nicht in jedem Fall ausreichend befähigen würde. Mit der Umstellung auf das internationale Modell modularisierter Studiengänge werden sich im Lauf der Jahre auch alle deutschen Planungsfakultäten abfinden müssen. Sie sollten dies, wenn sie ihr Prestige erhalten wollen mit intensiven und umfassenden Universitäts-Marketing-Bemühungen verbinden, was mehr ist als Hochglanz-Broschüren und „cool“ gestylte aktuelle „Websites“. Und sie sollten sich untereinander darüber abstimmen, welche international interessanten und glaubhaften Spezialisierungen sie jeweils anbieten sollten.

### *Berufspraktisch oder forschungsorientiert ausbilden?*

Ausbildungsstätten von Raumplanerinnen müssen in erster Linie prüfen, inwieweit Studieninhalte der Ausbildung überhaupt noch zusätzlicher Internationalisierung bedürfen. Denn was heißt: Internationalisierung der Lehre? Im Idealfall bedeutet es natürlich, dass alle Lehrinhalte auch jeweils mit einer internationalen Dimension vermittelt werden, dass also Entwicklungen im Ausland referiert, fremdsprachige Literatur aus dem Ausland herangezogen, andere Herangehensweisen vorgestellt und die Studierenden mit anderen Instrumenten der Raumordnungs- oder Stadtpolitik bekannt gemacht werden. Die Grenzen einer derartigen Internationalisierung sind offensichtlich. Wie soll, wie kann die Auswahl aus der Fülle der Informationen getroffen werden? Was sind die Kriterien der Auswahl?

Da ist noch ein Dilemma: Die Planerinnenausbildung an deutschen Universitäten ist von ihrer Struktur her im großen und ganzen noch immer vorrangig darauf ausgerichtet, hochqualifizierte Fachleute für den öffentlichen Dienst auszubilden. Als sie Ende der sechziger Jahre eingerichtet wurden, war es schon offensichtlich, dass eine städtebauliche Vertiefung im Rahmen einer Architektur-, Bauingenieur- oder Geodäsieausbildung nicht mehr ausreichte, um die anspruchsvollen Anforderungen des öffentlichen Dienstes zu erfüllen. Weitsichtige Planer, wie Gerd Albers in München und Erich Kühn in Aachen setzten sich daher sehr früh für eine eigenständige Planerinnenausbildung ein, wie sie im angloamerikanischen Raum ja damals schon etabliert war. Mit Ausnahme von Berlin konnte eine eigenständige Ausbildung (ein Vollstudium der Raumplanung) damals nur sehr langsam und nur an wenigen Universitäten verwirklicht werden. Dies gelang, für diejenigen, die mit Entscheidungsprozessen in Hochschulen vertraut sind, nicht ganz überraschend, nur an neuen Hochschulen (Dortmund, Kaiserslautern, Kassel und Hamburg-Harburg) wo keine Architekturfakultät eine Neuorientierung oder die Aufspaltung blockierte.

Aufgrund ihrer doch sehr großen Flexibilität haben die bestehenden Voll-Studiengänge der Raumplanung seit den 80er Jahren, nicht zuletzt gedrängt von weitsichtigen Studierenden damit begonnen, auch nicht-öffentliche Arbeitsfelder für sich zu erschließen. Dies wiederum hat die Fakultäten veranlasst, immer mehr neue Bausteine in das Studium einzubringen (z.B. Gewerbeplanung, Projektmanagement oder Projektentwicklung). Neben der Berücksichtigung nicht-staatlicher Arbeitsfelder in der Ausbildung von Raumplanerinnen wird nun auch noch die internationale Dimension wichtig. Während der Blick über den Zaun im Rahmen des Architekturstudiums nie ein Problem war, stellt es doch ganz neue Anforderungen an die Lehre in der Raumplanung. Die zentrale Frage dabei ist zunächst, ob „deutsche“ Inhalte einfach etwas um internationale Perspektiven erweitert werden können, oder ob ganz neue Bausteine entwickelt werden müssen. Letztlich geht es aber noch viel weiter, es geht um die gesamte Richtung, also vor allem darum, ob die Ausbildung in Deutschland weiterhin vor allem auf das „öffentlich-regulierende“ Berufsfeld Raumplanung vorbereiten soll, oder, ob sie, wie dies an den renommierten Universitäten in den USA und anderen Ländern schon sehr viel länger geschieht, ausschließlich forschungsorientiert geschehen soll. Bisher haben die bestehenden Studiengänge den Spagat zwischen berufspraktischer und forschungsbezogener Ausbildung sehr

gut bewältigt. Werden sie dies auch in Zukunft können, oder zwingen sie auch neue hochschulpolitische Zwänge (internationale Berufungskriterien, internationale Evaluierung auf der Basis eingeworbener Drittmittel und internationaler Veröffentlichungen etc.) dazu, der Forschungsorientierung gegenüber der Praxisorientierung den Vorrang zu geben (was sie aufgrund der Explosion des Wissens ohnehin schon tun müssten).

#### *Lehrinhalte internationalisieren*

Internationalisierung der Lehrinhalte heißt in der Raumplanung zunächst vor allem, die europäische Ebene, also die der Europäischen Union als eine weitere Handlungsebene zu betrachten und sie in die Ausbildung einzubringen. Es geht insbesondere darum die vertikalen Prozesse, die eine zunehmende Verlagerung von raumrelevanten Sektorpolitiken auf die europäische Ebene (Umweltpolitik, Verkehrspolitik, Wettbewerbspolitik) mit sich bringen, zu behandeln. Dies ist wichtig, während es trotz aller Freizügigkeitsregelungen des Arbeitsmarktes keinen Sinn macht, die Raumordnungsstrukturen in anderen Ländern systematisch abzuhandeln. Dies erfordert viel zu umfassende Kenntnisse anderer Länder, die nicht nebenbei und zusätzlich zu vermitteln sind. Und wenn Studierende dies tun möchten, können sie sich auch selbst entsprechend vertiefen. Wie überhaupt, angelsächsischen Erfahrungen folgend, das angeleitete Selbststudium in Zukunft, gerade was internationale Aspekte der Raumplanung anbelangt, eine zentralere Rolle einnehmen muss. Individuelle Interessen sind, was „Internationalität“ anbelangt aus biographischen und sprachlichen Gründen ohnehin oft sehr unterschiedlich, sei es, weil der Vater Ausländer ist, weil das Sommerhaus der Mutter in Spanien steht, weil eine neue Freundin Interesse an Polen entfacht oder weil eine Zufallsbekanntschaft ein interessantes Praktikum in Frankreich ermöglicht hat. Letztlich wichtig bei allen Überlegungen zur Internationalisierung der Lehre ist nur der Blick von außen zurück auf das System der Raumplanung in Deutschland. Ein solcher distanzierter Blick schafft oft wichtige neue Einsichten in gewohnte Planungszusammenhänge.

#### *Kreative Freiräume im Studium schaffen*

Studiengänge der Raumplanung sind aus durchaus nachzuvollziehenden Gründen – dies hat insbesondere etwas mit den Zulassungsbedingungen zum Referendariat Städtebau zu tun – auf einen mehr oder weniger ausgeprägten Kanon ausgerichtet (der allerdings ebenso oft

mehr aus den strukturellen Bedingungen einer Fakultät abgeleitet wird, als aus planungstheoretischen Überlegungen). Veränderte Planungskulturen und die neue internationale Dimension erfordern inhaltliche Freiheiten aber vor allem sehr viel größere Freiräume für Kreativität und forschendes Lernen im Studium. Dies kann auf vielerlei Art und Weise geschehen, über anspruchsvolle Studienprojekte, über die Stärkung des raumplanerischen Entwerfens oder über die Beteiligung von Studierenden an lokalen Forschungsprojekten. Und es muss auch auf die „Additions-Philosophie“ verzichtet werden, die an manchen Fakultäten praktiziert wird, nach der jede neue Praxisanforderung zu einem neuen Lehrfach wird, ohne dass gleichzeitig ein altes, überholtes aus dem Studienverlaufsplan gestrichen wird. Insbesondere wird es aber in Zukunft darauf ankommen, und nur dann kann auch die internationale Ausweitung des Studiums bewältigt werden, wenn Studierende lernen, wie sie in Zeiten der Informationsüberflutung – und querschnittsorientierte Planerinnen sind dafür besonders anfällig – Informationen also notwendiges Wissen auswählen können. Dies muss gelehrt werden und wird in der Regel wiederum nur projektbezogen geschehen können, wenn es nicht auf das traditionelle Meister-Schüler-Verhältnis rückgeführt werden soll.

#### *Die Kommunikationsfähigkeit stärken*

Auch ohne den zusätzlichen Druck, den internationale Herausforderungen für Städte und Regionen mit sich bringen, verlangt raumplanerisches Handeln von den Studierenden heute schon die besondere Fähigkeit zur Kommunikation, also die Fähigkeit, einzelnen Zielgruppen, planerische Ziele, Inhalte und Sachzwänge anschaulich zu vermitteln, in fachlichen wie in den politischen Abstimmungsprozessen Anliegen vorzutragen und Aushandlungsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren zu moderieren, aber auch Konsens herbeizuführen und strategische Allianzen zu formen. Kommunikationsfähigkeit heißt aber auch Zuhören lernen, mit einfachen Worten und Bildern sprechen und schreiben lernen. Und es heißt, gerade beim Blick über den nationalen Raum, eigene Erfahrungen, Ziele und Wünsche nicht auf andere kulturelle Lebensräume zu übertragen.

### *Den Lehrkörper internationalisieren*

Zur Internationalisierung der Ausbildung muss es selbstverständlich Praxis werden, dass Lehrende aus dem Ausland an den Fakultäten tätig sind. Dies kann durch die Berufung von ausländischen Spitzenwissenschaftlerinnen geschehen, was aber angesichts der in der Praxis (nicht in der Theorie!) noch immer bestehenden Hemmnisse des deutschen Personalrechts im öffentlichen Dienst besonderer Anstrengungen und Begründungen bedarf, also Mühe macht und viel Zeit kostet. Es könnte auch dadurch erreicht werden, dass es leichter gemacht wird, Planstellen mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen aus dem Ausland zu besetzen. Und es kann aber auch einfach durch Gastprofessuren und Gastseminare erfolgen. Hierbei liegt das Problem meist darin, dass solche Einladungen in der Regel als freiwillige und zusätzliche Lehrangebote betrachtet werden, weil ausländische Dozentinnen meist nicht in Routineprüfungen eingebunden werden können. Studienordnungen und Kapazitätsverordnungen lassen dafür wenig Spielräume. Es ist also immer der Initiative von Einzelnen überlassen, solche Dinge möglich zu machen und solche Veranstaltungen zu besuchen. Wenn dann aber Studienstrukturen ganz solche Angebote zu freiwilligen Wahlangeboten machen, dann ist keine Gewähr gegeben, dass sich die Studierenden angesichts der ohnehin kaum zu bewältigenden Informationsangebote in einem Studium der Raumplanung gerade dafür entscheiden, es sei denn der Gast gehört zu den internationalen Stars auf ihrem Gebiet. Aber vielleicht müssen sich auch deutsche Hochschulen an kleinere Klassen gewöhnen, wie es an den viel bewunderten amerikanischen Elite-Hochschule die Regel ist, wo eine Seminargröße von 10 in einem Graduierten-Studiengang selbstverständlich akzeptiert wird. Aber dort gibt es auch keine anonyme Kapazitätsverordnung, die ohne Rücksicht auf das Semester, in der eine Veranstaltung stattfindet, die Klassengröße regelt, sondern nur einen Dekan, der sein Budget rechtfertigen muss und als Person dafür sorgt, dass das Lehrangebot den Anforderungen des Faches entspricht.

Noch ein paar Anmerkungen zur Unterrichtssprache: An vielen Hochschulen gibt es derzeit dem Zeitgeist huldigende Bemühungen, die mangelnde Internationalisierung deutscher Universitäten durch englischsprachigen Unterricht zu erreichen. Solange dies nur darin gipfelt, dass überholte Routinevorlesungen zusätzlich noch in schlechtem Englisch gehalten werden sollen, macht dies keinen Sinn. Grundsätzlich ist natürlich davon ausgehen, dass Englisch die internationale



Wissenschaftssprache der Zukunft sein wird. Dies ist bedauerlich, aber nicht mehr aufzuhalten. Dies bedeutet indes nicht, dass auch die erste Berufssprache in Deutschland Englisch sein wird, schon gar nicht auf der mittleren Arbeitsebene im öffentlichen Dienst. Selbstverständlich sollten alle Berufstätigen mit einem akademischen Abschluss in der Lage sein, sich beruflich, wie privat in Englisch (vielleicht sogar trotz kommender Übersetzungsprogramme in einer weiteren Fremdsprache) auszudrücken. Es ist aber nicht Aufgabe der Universität die Grundlagen für die allgemeine Sprachfähigkeit in Englisch zu legen. Englischsprachige Vorlesungen für deutsche Studierende an der Universität sollten in der Regel aber doch von Lehrenden abgehalten werden, deren Muttersprache Englisch ist ("native speaker"), oder die zumindest über umfassende Lehrerfahrungen an englischsprachigen Universitäten im Ausland verfügen.

Die Verwirklichung solcher Anregungen wird nicht selten durch eine Vielzahl von Regelungen des Alltagslebens an deutschen Hochschulen erschwert, die in Zeiten der Europäisierung einfach keinen Sinn mehr machen: Da erlaubt es das deutsche Reisekostengesetz nicht, dass ausländische Bewerberinnen um Professuren auch die Reisekosten vor Übertritt der deutschen Grenzen erstattet bekommen, oder die Nebentätigkeitsverordnung erlaubt keine kontinuierlich berufspraktische Nebentätigkeit im Herkunftsland einer ausländischen Dozentin. Mitunter muss auch bei Einstellung einer ausländischen Mitarbeiterin gegenüber dem Personalrat der Nachweis geführt werden, dass keine inländische Bewerberin zur Verfügung stand. Oder, weil die Prüfungssprache Deutsch ist, kann eine nur Englisch sprechende Dozentin nicht berufen werden, wenn sie nicht deutsch prüfen kann. Aber auch die Missachtung von Richtwerten, wie Raumausstattung pro wissenschaftlicher Planstelle oder Kapazitätsverordnungen für das Verhältnis von Studierenden zu Lehrenden ist, wenn es um auslandsbezogenen Initiativen geht, immer mit zusätzlichem Begründungsaufwand und unsicherem Ergebnis zu rechtfertigen, es sei denn, die Kunst des Kungelns mit den Spitzen der Verwaltung steht auf einem hohen Niveau. Wer da keine Nerven hat, hat schon die Auslandsschere im Kopf, bevor er initiativ wird und einen Fachkollegen bei einem netten Abendessen überredet, nach Deutschland zu kommen. Lange Zeit mussten beispielsweise auch Verträge für internationale Forschungsvorhaben erst ins Deutsche übersetzt werden, bevor sie die Hochschulverwaltung akzeptierte, die natürlich keine Mittel für die Übersetzungskosten zur Verfügung stellen konnte, weil so etwas nicht vor-

gesehen war. Die Liste der zermürbenden bürokratischen Regelungen des deutschen Personalrechts im Hochschuldienst ließe sich leicht fortsetzen. Die kleinen und großen Hindernisse, flexibel und spontan auf internationale Herausforderungen zu reagieren, konnten bislang nur mit sehr kreativen und extrem selbstbewussten und gutwilligen Verwaltungsangestellten umgangen werden, die sich dafür einsetzen, dass auslandsorientierte Aktivitäten möglich werden und die nicht nur prüfen, warum sie vielleicht doch nicht machbar sind.

Hinzu kommt ja auch noch die Tatsache, dass Fakultäten für oder mit Raumplanerinnen in der Regel nicht zu den mächtigen Fakultäten einer Technischen Universität gehören. Dazu sind ihre Drittmittelumsätze im Vergleich zu den harten Ingenieur- oder Naturwissenschaften zu gering. Sie mussten sich daher immer schon innerhalb der Hochschulen rechtfertigen (was eine Fakultät für Mathematik oder Maschinenbau nie musste). Also haben Raumplanungsfakultäten auch kein hochschulpolitisches Gewicht und wenig Verbündete im Verteilungskampf zwischen den Fakultäten. Hinzu kommt, dass die starke Introvertiertheit der Planungsfakultäten, also die intensive Auseinandersetzung um interne inhaltliche wie strukturelle Prioritäten dazu geführt hat, dass sie in hochschulöffentlichen Strukturen wenig präsent waren, und damit wenig Anerkennung gefunden haben (keine richtige Ingenieurwissenschaft, keine internationale Forschungsorientierung, aber auch keine seriöse Gesellschaftswissenschaft etc.).

## **5. Gemeinsam internationalisieren**

Viele der hier gemachten Anregungen bedürfen aktiver Fakultäten und aktiver Leitungsgremien, die sie auch verwirklichen möchten und die die Prioritäten so setzen, dass sie schrittweise umgesetzt werden können. Dies wird angesichts des ausgeprägten Individualismus, tradierter Konsensstrukturen, und eines gewissen Fächeregoismus in den meisten Planerinnenstudiengängen nicht leicht sein. Der Reformstau an manchen Fakultäten ist groß, der Generationenwechsel ist im Gange und die jeweils gut begründeten Anforderungen an die Reform der Reform und die Modernisierung des Raumplanerinnenstudiums beherrschen die internen Debatten um strukturelle und inhaltliche Veränderungen. In dem Moment, in dem sich die Absolventinnen eines Vollstudiums der Raumplanung in der beruflichen Praxis weitgehend durchgesetzt und etabliert haben, sind die Fakultäten der Raumplanung schon wieder vor einer Krise. Die Internationalisierung ihrer Studiengänge ist eine Chance. Das hochschulpolitische Umfeld an

deutschen Universitäten, das die Internationalisierung nun auf ihre politischen Fahnen geschrieben hat, wird sich für die Fakultäten vorteilhaft auswirken, die nun mit Nachdruck die Initiative ergreifen. Vielleicht macht es daher auch Sinn, dass sich die wenigen Planungsfakultäten in Deutschland zusammensetzen und überlegen, wie sie gemeinsam die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Anforderungen zu besserer Internationalisierung ihrer Ausbildung aufeinander abstimmen können. Ihre individualisierten internationalen Netze können dafür nützlich sein.

- \* Ich habe in diesem Beitrag, um der „political correctness“ Tribut zu zollen, die weibliche Form verwendet. Planer sollen sich damit nicht ausgeschlossen fühlen.
- \* Für kritische Anmerkungen, die Peter Ache, Carl-Heinz David, Fabian Kumkar, Sebastian Müller, Ursula Stein, Peter Schmeling, Katarina Saemann, Simon Güntner, und Kristina Zahlner zu einer früheren Fassung gemacht haben, möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

# Die Stadt verschwindet in der Region

Klaus Pfromm, Einführung

Der Lebensraum der Stadtbürger ist die Region, für die Wahl von Wohnort, Arbeitsplatz, Konsumstrecke und Freizeitzielen spielen kommunale Grenzen keine und Reisekosten eine immer geringere Rolle. Wohl aber bewirken sie ausgrenzend eine soziale Desintegration, die von Präferenzentscheidungen der Vermögenden und Bevorzugten genutzt und verstärkt werden. Die fiskalischen Grenzen verfestigen dann die regionale Disparität von armen Kernstädten und reichen Vororten.

Der Prozess der Deurbanisierung, der Ausbreitung der Stadtfunktionen in die Region, ist mit Dekonzentration, Abnahme der Nutzungsdichte, Zunahme des Verkehrs, Erhöhung des Energiebedarfs, Fortschreiten der Segregation und Fortsetzung des Flächenverbrauchs verbunden. Die besonderen Vorteile der Europäischen Stadt gehen verloren, die Urbanität verschwindet.

Globalisierung bedeutet dann: die Innenstädte werden von konzentrierten Dienstleistungsaktivitäten, Einwanderern, ihren Kindern, Benachteiligten und Armen bestimmt sein, umgeben von einer Region anspruchsvoller Arbeitsplätze, neuer Dienstleistungen und ausgedehnten Wohnquartieren des deutschen Mittelstandes und des Reichtums. Aufgeteilt in getrennten, konkurrierenden Verwaltungsgrenzen kann die Stadtregion weder die dringend erforderlichen ökologischen Verbesserungen erreichen, noch den Herausforderungen der globalisierenden Wirtschaft begegnen, noch die notwendige soziale Gerechtigkeit sicherstellen; der Gemeinwohlanpruch der Politik verkümmert. Das kommunale Verwaltungsregime muss der Regionalisierung von Wirtschaftsraum und Lebensverhältnissen angepasst werden. Nur so können regionale ökonomische Strukturen gestärkt, regionale Wirtschaftskreisläufe realisiert, die Energie- und Ressourcenverschwendung reduziert und die Siedlungsstruktur zukunftsbeständig entwickelt werden. Solange das nicht gelingt, sind die Kernstädte gut beraten, wenn sie Abwehrmaßnahmen ergreifen, die den Planungsparadigmen der Stadtplanung widersprechen, wie Erhöhung des Verkehrswiderstandes in Einfallstraßen oder exzessive Bereitstellung von Wohnbauland für vermögende Stadtlücher.

## Un-erhörte Herausforderung Regionalentwicklung

„Die Herausforderungen der Zukunft sind unerhört“, sagt Klaus Pfromm. Un-erhört ist auch die Herausforderung des Themenfeldes „Die Stadt verschwindet in der Region“ für die Stadt- und Regionalentwicklung – und offenbar auch für die Profession der Stadt- und Regionalplaner. Es ist kein Wunder, dass all die Stellen, die derzeit im Bereich von Regionalmanagement, Stadt-Umland-Kooperationen, Regionalentwicklung ausgeschrieben werden, nicht von Stadtplanern, sondern von Geographen, Ökonomen oder gar Juristen besetzt werden, weil die Ausbildung von Stadtplanern noch zu sehr dem Gedanken der europäisch geschlossenen Stadt und dem Mythos der Reurbanisation nachhängt. Hier gibt es also – um es mit Schumacher zu sagen – eine „Wahrnehmungsfalle“. Zu wenig wird sich mit dem Phänomen der Region auseinandergesetzt – und resignative Burgmentalität, wie sie Klaus Pfromm mit seiner ironischen Forderung nach exzessiver Mobilisierung der letzten innerstädtischen Baulandreserven äußert, ist sicherlich kein Zukunftsweg, der Aspekten der Nachhaltigkeit gerecht wird.



### **Bedeutungsgewinn der Region**

Der Bedeutungszuwachs der Region ergibt sich aus einem zweifachen Druck heraus: Einerseits vergrößert die zunehmende Wirtschaftsverflechtung über große Distanzen hinweg – gemeinhin als Globalisierung bezeichnet – den Maßstab, mit dem auf Städte und Regionen geschaut wird. Wer sich in Singapur vorstellt, wird kaum damit beginnen, er käme aus Oberellenbach. Der Blick fällt also auf größere Räume und diese müssen sich im großräumiger werdenden Wettbewerb um Investoren, Bürger und Gäste positionieren. Hiermit wird der Druck von außen, sich als Region zu organisieren, immer größer. Zum anderen wächst der Druck auf die Region von innen heraus: Aufgrund der Faktoren Wohlstand, Mobilität und Bodenpreise ziehen Bürger und Investoren aus der Stadt in das Umland und bilden so eine

Region mit zahlreichen innerregionalen Verflechtungen heraus. Dies erfordert ein anderes Regime, um die wachsende Kluft zwischen armer Kernstadt und reichem Speckgürtel auszugleichen.

### **Kein Verschwinden der Stadt**

Allerdings: Die Stadt wird nicht in der Region verschwinden. Die Region ersetzt nicht die Stadt, wenn man unter Stadt die hochspezialisierten Funktionen von Dienstleistern, von Kultur- und Sozialangeboten sieht, die im Umland bei abnehmender Siedlungsdichte einfach nicht mehr zu realisieren sind. Eine Dispersion von Urbanität in den Brei der Zwischenstadt wird es so nicht geben, allerdings Maßstabsvergrößerung und Dezentralisierung von Funktionen – einhergehend mit Segregation oder um es härter auszudrücken: einhergehend mit ökonomischer und sozialer Polarisierung in der Region. Die Umlandbürger freuen sich am preiswerten Wohnen in aufgelockertem Umfeld, nutzen die Leistungen der Stadt wie Theater, Science Centre oder Zoo, ohne deren Defizite mittragen zu müssen.

Kernfunktionen und damit finanzielle Lasten werden in der Kernstadt verbleiben. Kernlast ist insbesondere die Sozialhilfe, die von den Kommunen aufgebracht wird. Damit nicht unsinniger kleinräumiger Wettbewerb um die letzten Bauwilligen die letzten Moneten der Städte raubt, sind neue Lösungen notwendig.

Arme Kernstädte – reicher Speckgürtel. Die derzeitige Finanzverfassung verstärkt die regionalen Disparitäten. Die Stadt ist fiskalisch gesehen allein nicht mehr lebensfähig. Die Umschichtung der öffentlichen Haushalte (Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene, Sozialhilfelaisten, Steuerreform) sind nur weitere Schritte zur Haushaltssperre und zur Bewegungslosigkeit der Stadtpolitik. Letzter Ausweg ist die enorme Baulandmobilisierung, um ein paar Einfamilienhäuser entstehen zu lassen. Das ist ein schlechter Weg, dessen Ende allerdings wegen knapper Flächen absehbar ist.

### **Ideen zur Lösung des Stadt-Umlandproblems**

Drei Reformwege werden derzeit diskutiert: Gebietsreform – Funktionalreform – Finanzreform. Eine erneute Gebietsreform, ausgeprägt etwa als Regionalstadt, wird aus politischen Gründen gescheut. Die politische Eigenständigkeit der Kommunen ist ein hohes Gut, das noch am ehesten zum Engagement der Bürger führt. Leichter fällt eine Funktionalreform, in der nur Verwaltungen zusammengelegt werden, um durch größere Einheiten Kosten zu sparen. Die Vorteile

der Effizienzsteigerung in der Verwaltung sollen allen Regionsbürgern zugute kommen, sie können reichen von A wie Abfall über G wie Gesundheit bis zu Z wie Zulassungsstelle.

Der dritte Ansatz wäre eine Finanzreform, welche eine völlig neue Basis für die kommunale Organisation schafft und etwa ein ökologisches Belohnungssystem für Flächenrecycling und eigene Heberechte für Kommunen vorsieht. Dies erscheint – noch – undenkbar in Zeiten der Verteilungskämpfe zwischen den föderalen Ebenen.

Die derzeit herrschende Hauptströmung sucht Verbesserungen durch eine Funktionalreform, um durch Kosteneffizienz Bewegungsspielraum zu gewinnen und eine andere Lastenverteilung in der Region zu erreichen. Charme haben diese Ansätze insbesondere, wenn die Hauptlast der Kernstädte, die Sozialhilfeausgaben, auf die Region übertragen und somit auf breitere Schultern verteilt wird. Ob derartige auf die Verwaltungseffizienz orientierte Ansätze ausreichen, eine gemeinschaftliche Entwicklung der Region voranzutreiben, lässt sich leicht an den ersten Bemühungen anschauen, die alle zu kurz greifen, seien es:

- Ballungsraumgesetz Frankfurt
- Region Hannover
- Verband Region Stuttgart.

### **Schwächen des Modells Region Hannover**

Schauen wir uns das viel gelobte Modell Region Hannover an: Zwar wird ein auf den ersten Blick effizientes Verwaltungsmodell mit demokratischen Gremien erschaffen, aber es bleiben deutliche Defizite. Drei seien benannt:

- Es ist nicht gelungen, die Finanzhoheiten zu verändern, d.h. der Speckgürtel wird weiter seine Vorteile ausspielen können.
- Es ist nicht gelungen, das kommunale Flächenmanagement in eine regionale Hand zu verlagern, z.B. wird das Instrument des regionalen Flächennutzungsplans nicht eingesetzt.
- Es ist nicht gelungen, den kommunalen Wettbewerb um Betriebsansiedlungen zu unterbinden.

In all diesen Feldern sind also Kernprobleme der Regionalentwicklung ausgespart worden. Die entscheidende Frage ist nämlich nicht, ob die Verwaltung effizienter wird, sondern ob eine nachhaltige regionale Entwicklung gelingt. Dazu müsste man sich etwa die tatsächlichen regionalen Verflechtungen ansehen, um zu beurteilen, ob die Regionsgrenzen richtig gesetzt sind. Schon die EXPO-Region hatte einen

anderen Zuschnitt und bildet etwa den realen Pendlerverflechtungsraum ab (Celle, Hildesheim, Nienburg). Mit der jetzigen Abgrenzung der Region Hannover, bestehend aus Stadt- und Landkreis Hannover, wird man also nicht zu einem verkehrs- und flächensparenden regionalen Management gelangen. Eher ist zu erwarten, dass erneut, etwa weitere 20 Jahre später eine Diskussion über eine noch größere Verwaltungseinheit beginnt, weil die Außengrenzen der Region schon jetzt zu klein gewählt sind. Es fehlt also an Anreizen und Sanktionen, geeignet in der Region zusammenzuarbeiten. Da springt das Modell Hannover aus meiner Sicht zu kurz.

### **Neue Identifikationsräume?**

Auch wird die Suche nach Verwaltungseffizienz nicht zu einem Identifikationsraum mit überregionaler Ausstrahlung führen. Man wohnt eher in Linden als in der Region Hannover. „Der Lebensraum der Stadtbürger ist die Region“, sagt Klaus Pfromm zu recht. Aber wird die Region zum identitätsstiftenden Raum? Ist es die regio oder das administrative Territorium? Wer identifiziert sich mit dem „Verband Großraum Stuttgart“?

Wir sollten also unterscheiden zwischen verwaltungseffizienter und bürgerorientierter Lösung. Ich bin eher skeptisch, dass diese jemals übereinstimmen. Raum und Regio sind Syntheseleistungen der Menschen, nicht der Verwaltungen. Auch der demokratische Anstrich mit einem direkt gewählten Parlament erhöht den Einfluss der Bürger auf die Regionalentwicklung nicht, weil Transparenz und Fühlbarkeit fehlen – im Gegensatz etwa zu direkten Bürgerentscheidungen wie in der Schweiz.

### **Regionalentwicklung braucht formelle und informelle Instrumente**

Und schließlich wird die Funktionalreform á la Hannover nicht die wichtigen Felder der zukunftsgerichteten Regionalentwicklung angehen, die mit den Stichworten Vernetzung der regionalen Akteure, Schaffung kreativer Milieus und Regionalmanagement angedeutet werden können. Regionalentwicklung lässt sich eben nicht verordnen, sondern erfordert das aktive Zusammenbringen von Akteuren und Ideen. Eine Funktionalreform sichert nicht ein abgestimmtes, leitbildgestütztes Vorgehen in der Region, sondern braucht weitergehende Instrumente.



Der Bedeutungszuwachs der Region ist die Chance für eine solche neue Zusammenarbeit in der Region. Ob es um das Zusammenführen regionaler Stoffströme oder die Clusterbildung in Ökonomie, Bildung und Forschung geht, in jedem Falle sind Managerinnen und Manager für diese Aktionen und Projekte erforderlich. Sie müssen die regionalen Entwicklungskonzepte, ihre Arbeitsgruppen und ihre Projekte begleiten, organisieren und mit Impulsen beleben.

### **Neue Ausbildungsinhalte**

Für eine solche regionale Selbststeuerung der Region reichen die formalen Instrumente nicht aus. Regionalentwicklung braucht natürlich einerseits solche formalisierten Flanken wie eine institutionalisierte Regionalplanung, um den Rahmen der Entwicklung abzustecken. Sie braucht daneben aber auch informelle Ansätze, um die Projekte der Akteure in partizipativen Prozessen in die Ziele der Region einzubetten und zielgerichtet voranzutreiben. Hier liegen die neuen Handlungsfelder für Stadt- und Raumplaner, die viel zu wenig von der bisherigen Ausbildung abgedeckt werden.

Das Beherrschen der informellen Instrumente wird erforderlich – auf lokaler wie auf regionaler Ebene: Es gilt ebenso lokale Agenden, Bürgergutachten, Stadtteilentwicklungen anzuregen wie regionale Kooperationen einzuleiten, Akteursnetzwerke zu knüpfen, Entwicklungsprozesse zu gestalten.

Die regionale Zusammenarbeit ist nicht nur den eingangs geschilderten Zwängen der Globalisierung geschuldet, sie ist auch ein wesentlicher Aspekt der Nachhaltigkeit. Denn lokal sind Stoff-, Energie- und Wirtschaftskreisläufe kaum zu schließen, aber auf regionaler Ebene macht das Zusammenführen loser Enden schon sehr viel mehr Sinn. Dies ist keine Ordnungsaufgabe klassischer Planung, sondern eine Entwicklungsaufgabe, die unterschiedliche Akteure, Organisationen und Interessen zusammenbinden muss. Hier liegt eine Aufgabe, die nicht nur analytischen, planerischen und methodischen Verstand erfordert, sondern auch hohe kommunikative Fähigkeiten. Die Ausbildung muss diese Bereiche – und zwar gerade auch im Hinblick auf die Verständigung in der Region – mehr ins Blickfeld tun. Der Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung tut dies inzwischen. Wer darüber mehr erfahren will, der sei herzlich eingeladen, das neue Vertiefungsstudium der „Nachhaltigen Regionalentwicklung“ des Fachbereiches Stadt- und Landschaftsplanung zu besuchen, das wir in Witzenhausen eingerichtet haben.

# Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung

Klaus Pfromm, Einführung

Die Stadt ist heute neben den tiefgreifenden Wandlungen, denen ihre demographische und soziale Struktur, ihr Wirtschaftssystem und ihre räumliche Organisation unterworfen ist, auch von erheblichen Veränderungen ihrer politischen Steuerung geprägt.

In der stadtpolitischen Regulierung wird das rechtsförmige Abwägen von Privatinteresse und Gemeinwohl immer mehr eingeschränkt und durch freihändiges Aushandeln der Interessen ersetzt. Die Deregulierung ist vor allem geprägt von Projektorientierung der Investitionspolitik und dem Verlangen der emanzipierten Zivilgesellschaft nach Mitsprache.

Die Ansiedlungs- und Investitionsprojekte von Dienstleistung und Industrie, von Einkaufs- und Entertainment-Zentren durchschlagen alle Pläne vorsorgender Ordnungspolitik und Standortstrategie. Globalisierung und Unternehmenskonzentration kennen keine örtliche Verantwortung und entziehen sich erfolgreich kommunaler Entwicklungspolitik. Die Finanzschwäche der Kommunen zwingt sie auf jedes Investitionsangebot einzugehen, aber auch Entscheidungsvorbereitung und Planung Privaten zu überlassen.

Die finanzielle Abhängigkeit hat die Kommunen allerdings auch gezwungen ökonomische Bedingungen in der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Der Anspruch der städtischen Bürgerschaft auf Mitsprache und Vetorecht ist weitgehend akzeptiert, hat aber zur bekannten Akkumulation von Vetopower geführt und meist Planungen, Projekte gegen den Willen örtlicher Gruppen undurchführbar gemacht, auch wenn sie der Zukunftsfürsorge und dem Ausgleich gesamtstädtischer Disparitäten dienen. Häufiger als Abwehrerfolge sind allerdings immer noch Erfolge in der Korrektur unangepasster Planungen.

Durch die Deregulierung im Planungsrecht sind die Kernaufgaben der Stadtplanung und ihre ausdifferenzierten Ergänzungsmaßnahmen, aber auch die Befreiungsmöglichkeiten, in die verstärkte Verantwortung der Kommunen gestellt. Das hat in den Städten und Gemeinden zunächst eher zur Schwächung der planerischen Vorsorge als zur

Übernahme der größeren örtlichen Verantwortung für die Zukunftsvorsorge geführt. Nicht zuletzt wird der Aufwand für strategische und längerfristige Planung als Sparpotential angesehen und genutzt.

Wenn man die neuen planerischen Möglichkeiten der Kommunen betrachtet, etwa "sonstige" städtebauliche Pläne (u. a. Teile einer lokalen Agenda), städtebauliche Verträge, Public-Private-Partnership, Enteignungsrechte in der Entwicklungsmaßnahme, erscheinen die Regulierungsinstrumente der Städte durchaus geeignet, die Planungsaufgaben der Zukunft zu bewältigen. Zumal auch die Verfügung über Konversionsflächen neue Lösungsmöglichkeiten eröffnet.

Heute ist die Stadtplanung, als Regulierungsprozess, sicher nicht in der Lage ihre Planungsinstrumente problemadäquat anzuwenden. Zunächst werden die strukturellen Probleme der Stadtentwicklung unterbewertet, das kommunalpolitische Entscheidungssystem ist geschwächt und dann überschatten die aktuellen finanziellen Probleme alle anderen, seien sie für die Zukunft noch so gravierend. Die Planungsverfahren sind den geänderten Rahmenbedingungen nicht angepasst, sie dauern zu lange, sind zu teuer und ihre Ergebnisse überzeugen nicht, vielleicht sind sie auch nicht problemadäquat.

Setzt man Planungsergebnis mit Dienstleistung oder Produkt gleich, verwandeln sich die Mängelrügen in ganz gewöhnliche Probleme der Betriebsführung, und werden der Anwendung des QM-Verfahrens und anderer Verfahren zur Leistungssteigerung und Kostenreduktion von Organisationen zugänglich. Systematisches Qualitätsmanagement müsste die stadtplanerische Leistung planbar und kontrollierbar machen und in Verbindung mit einem Informationsmanagement den ständigen Austausch an gewonnenen Erfahrungen und Wissen in der planenden Verwaltung als lernender Organisation sicherstellen können. Kommunikationstechnik könnte nicht nur den Informationsaustausch zwischen den Akteuren des öffentlichen, des privaten und des gemeinnützigen Sektors regelmäßig entwickeln, sondern auch die Kooperation der planenden Verwaltung als Planungsteam sichern. Bleibt die Frage, ob Dienstleistungsmanagement auch geeignet ist die Kernaufgaben der Planung zu befördern, öffentliches Interesse durchzusetzen und dem Gemeinwohl zu dienen.

## Planung in der deregulierten Stadt

1. Stadt – Planung – Studium. Die Stadt in ihrer Entwicklung ist der Gegenstand unserer Arbeit als Stadtplaner. Planung ist unser Metier, auch unsere Methode. Das Studium der Stadt, Ihrer Entwicklung und der Methoden zu ihrer Planung ist lebenslange Aufgabe der Stadtplaner von der Studentin im ersten Semester über die Frauen und Männer der Praxis bis zum alt gedienten Professor an der Schwelle zur Emeritierung – und selbstverständlich auch noch danach. Planung ohne Perspektive ist weder sinnvoll noch möglich. Dies scheint mir eine mögliche Logik der Überschrift für dieses Kolloquium zu sein.

2. Was Klaus Pfromm als die deregulierte Stadt beschreibt, hat gegenüber der regulierten Stadt (vielleicht war das die Stadt der Moderne zwischen 1920 und 1975) den Vorteil, dass sich die Kräfte der Entwicklung, von Einwohnern, von Gewerbetreibenden und Investoren ausgehend, freier entfalten können. Es hat aber zugleich den Nachteil, dass bei mangelnder oder unqualifizierter Steuerung der mögliche Beitrag dieser Kräfte zum Entstehen eines jeweils sichtbaren Gesamtergebnisses und zu dessen Zukunftsfähigkeit nicht zu Stande kommt. Selbstverständlich meint "Gesamtergebnis" im positiven Fall ebenso sehr die soziale, volkswirtschaftliche und ökologische wie die baulich-räumliche Dimension, die Gestalt der Stadt.

3. Ich bin mir nicht sicher, ob die heutige Stadt in Mitteleuropa tatsächlich mehr Planung braucht. Ganz sicher braucht sie aber eine andere und eine besonders qualifizierte Planung.

Bei der Suche danach will ich hier nicht der Politik, auch nicht der Kommunalpolitik den schwarzen Peter zuschieben, die teils unter Zwängen steht, teils einer Kirchturmperspektive folgt und teils kurzfristig-opportunistisch ist. Ich will vielmehr danach Ausschau halten, welchen Beitrag zu einer anderen und besonders qualifizierten Planung wir denn als Stadtplanerinnen und Stadtplaner leisten könnten. Wir haben aus der möglichst guten Kenntnis des Gegenstandes und der Methoden heraus zwar kein Monopol, aber jedenfalls die Verpflichtung, der Stadtgesellschaft und ihren politischen Repräsentanten

neue Konzeptionen vorzulegen und sie von deren Sinnhaftigkeit zu überzeugen. Je eher wir zeigen können, dass diese Konzeptionen nicht nur dem Gemeinwohl, sondern auch den vielen Einzelnen (Einwohnern, Gewerbetreibenden, Investoren) besser dienen als bisherige Pläne, und je eher wir deutlich machen können, wie sie praktisch zu verwirklichen sind, umso mehr haben wir Aussicht auf Erfolg in unserer Arbeit. Offenbar hat sich das Selbstverständnis unserer Profession seit dem Ende der Moderne insofern verändert, als nicht mehr einfach die "richtigen" Konzeptionen ex cathedra verkündet werden können, sondern mit den Beteiligten und Betroffenen verhandelt werden müssen. Klaus Pfromm hat diesen Aspekt gebührend erwähnt.

4. Auf jeden Fall brauchen wir besonders qualifizierte Konzeptionen. Worin sollte diese neue Qualität bestehen? Sie bedarf aus meiner Sicht (1) der Theorie, d.h. einer reflektierten Kenntnis des Planungsgegenstandes in seinen meist komplexen Zusammenhängen sowie klarer und begründbarer Leitvorstellungen. Und sie bedarf (2) neuer Methoden in der Organisation des Planungsprozesses von der Problembestimmung bis zur Implementierung. Klaus Pfromm hat genannt: Qualitätsmanagement, Informationsmanagement und Dienstleistungsmanagement. Dazu gehört der intelligente und differenzierte Einsatz der Instrumente, über die wir, da stimme ich zu, im Prinzip ausreichend verfügen. Die von ihm genannten Kernaufgaben der Stadtplanung sind allerdings, jenseits von Organisation, gar nicht so neu. Es lohnt sich dennoch, sie immer wieder neu zu durchdenken.

5. Wenn wir den "deregulierten" Zustand der Stadt als gegeben nehmen und die in ihm liegenden Vorteile begrüßen, dann müssen wir die Nachteile auszuräumen suchen. Ich will hier im folgenden auf zwei Punkte eingehen, die mir dazu wichtig erscheinen. Der eine ist die Notwendigkeit einer strikten Unterscheidung zwischen Rahmensezung und Rahmenausfüllung. Zum Beispiel: ein städtebaulicher Plan ist gut, wenn er einerseits eine tragfähige Konzeption für die baulich-räumliche Entwicklung in einem Gebiet formuliert, andererseits genügend Spielraum lässt für die einzelnen Akteure, die den Spielraum ausfüllen. Diese Dialektik hat eine räumliche und eine zeitliche Dimension. Räumlich sichert der Spielraum den einzelnen Akteuren, den Investoren und Architekten Bewegungsfreiheit bei ihren Bau-

maßnahmen zu und ermöglicht für das Plangebiet bauliche Vielfalt. Zeitlich ermöglicht er Anpassung und Veränderung während eines längeren Entwicklungsprozesses, solange wie das Gebiet besteht. Schließlich schafft er klare Bedingungen für die öffentliche und private Nutzung. Allerdings muss die Rahmensetzung präzise genug sein und strikt eingehalten werden, um eine funktionsfähige baulich-räumliche Organisation zu sichern und um aus der Vielfalt der Einzelmaßnahmen dauerhaft Stadtstruktur und Stadtbild (oder Stadtgestalt) entstehen zu lassen. Das gilt auf den verschiedenen Ebenen: der Gesamtstadt, des Stadtteils oder Quartiers und des Baublocks oder Straßenabschnitts jeweils analog. Selbstverständlich ist der zu setzende Rahmen nicht als starr anzusehen sondern als eine mit sich verändernden Entwicklungsbedingungen behutsam fortzuschreibende längerfristige Strategie. Gute Beispiele, wenn auch so nicht wiederholbar, gibt es aus der Vormoderne: etwa das Paris des Barons Haussmann, wo eine sehr strenges Regelwerk verbunden mit wirksam eingesetzten Instrumenten die Aktionen einer weitgehend liberalisierten Bau- und Bodenwirtschaft steuern konnte. Das Ergebnis lässt sich bis heute betrachten. Die Moderne hat der Dialektik zwischen Rahmensetzung und Spielraum, zwischen Festlegung und Variation, zwischen Regel und Ausnahme gewollt oder ungewollt eine Absage erteilt, sie irgendwann gar nicht mehr verstanden. Wir müssen diese Dialektik heute neu entwickeln und pflegen, auch gegen eine innerhalb und außerhalb der Profession verbreitete Aversion entweder gegenüber strikten Regeln oder gegenüber sogenannter Investorenplanung. Das öfters beklagte Springen in der Stadtplanung von Projekt zu Projekt ist dann schädlich, wenn diese sich außerhalb eines konzeptionellen Zusammenhangs für die räumliche Gesamtentwicklung bewegen. Im übrigen ist eine lebendige Stadtentwicklung das Produkt von vielen und vielfältigen großen und kleinen Projekten, wenn sie denn innerhalb eines klar bestimmten Regelwerks ihre Beiträge zur Gesamtentwicklung leisten.

6. Ein qualifiziertes Ergebnis auf der Grundlage des Prinzips von Rahmensetzung und Rahmenausfüllung kann nur dann entstehen, wenn, was man am historischen Beispiel Paris auch zeigen kann, damit eine klare inhaltliche Konzeption, eine Leitvorstellung verfolgt wird. Dies ist mein zweiter Punkt. In Bezug auf Leitvorstellungen oder gar Leitbilder werden in Erinnerung an ihre Rolle in der Zeit der Moderne öfters

Bedenken geäußert. Solche Bedenken haben den Vorteil, dass wir nicht vorschnell und unreflektiert, sozusagen gläubig einer Leitvorstellung folgen. Sie haben den Nachteil, dass wir mangels klar definierter und begründeter Leitvorstellungen das Feld dem sogenannten Trend überlassen, zum Beispiel dem ungebremsten "Landverbrauch" in Folge des hoch subventionierten Baus von Einfamilienhäusern und Betriebsstätten an den Peripherien und deren einziger Verkehrerschließung durch das ebenfalls hoch subventionierte Automobil. Ich bin der Meinung, dass wir Leitvorstellungen brauchen, andernfalls wären wir machtlos gegenüber dem Trend, hätten keine Beurteilungsgrundlage in Bezug auf zu fördernde und zu verhindernde Entwicklungen und keine klaren Anhaltspunkte für Auswahl und Einsatz geeigneter Instrumente.

7. Wenn man ein wenig schwarz-weiß malen will, und das tue ich hier, kann man als herausziehende Leitvorstellung die der "kompakten Stadt" als Gegenbild zur "Zwischenstadt" oder die "europäische Stadt" als Gegenbild zur "amerikanischen Stadt" ausmachen. Stichworte oder Maßstäbe der in vollem Gang befindlichen Diskussion sind etwa: Landverbrauch, Energieverbrauch, Stoffkreislauf; kulturelle Eigenständigkeit, soziale Integration, kreative Milieus; Siedlungsdichte, Funktionsmischung, Nutzungsvielfalt, öffentlicher Raum; Konzentration, Dezentralität, stadtverträgliche Mobilität (Tharun/Bördlein 2000, Apel u.a.1997). Das sind nicht einfach Schlagworte, dazu gibt es ortsbezogene Programme und sehr konkrete Ausarbeitungen, z.B. die Strategien "compacte stad" in Amsterdam oder "kompakt, urban, grün" in München. Im übrigen ist die Leitvorstellung der "kompakten Stadt" keineswegs nur eine zentralstädtische, sondern genau so eine regionale, also nicht der These zwei von Klaus Pfromm "die Stadt verschwindet in der Region" entgegengesetzt. "Kompakte Stadt" kann auch in relativ kleineren Siedlungseinheiten verwirklicht sein, die in der Region verteilt liegen und durch ein intelligentes Verkehrssystem miteinander verbunden sind. Ein zusätzliches Gewicht gewinnt die Leitvorstellung der "kompakten Stadt" unter den Bedingungen von Schrumpfung und Innenentwicklung. Ich kann das hier nur andeuten

8. Ich fasse zusammen: mehr Planung bedeutet andere und besonders qualifizierte Planung, bedeutet die Stärkung der Dialektik zwischen strenger Rahmensetzung und genügend Spielraum für die Rahmenausfüllung, bedeutet den Mut zur Formulierung klarer Leitvorstellungen, zu ihrer Verteidigung auch gegen den Trend. Es kann nicht sein, dass wir als Stadtplaner uns an der "atemberaubenden Tatenlosigkeit der Verantwortlichen" (Klaus Schmals 2000) beteiligen. Wir sollten hingegen mit genügend Selbstbewusstsein diejenigen intellektuellen, administrativen und politischen Mittel einsetzen, die uns zur Verfügung stehen.

#### Referenzen:

Apel, Dieter u.a., 1997. Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

Schmals, Klaus, 2000. Die zivile Stadt, in: Wentz, Martin (Hrsg.), Die kompakte Stadt. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 30–46.

Tharun, Elke; Ruth Bördlein, 2000. Die kompakte Stadt. Ein Fitnessprogramm für den internationalen Wettbewerb?, in: Wentz, Martin (Hrsg.), a.a.O., S. 56–66.



## Die deregulierte Stadt braucht mehr Planung

Der sprachliche Widersinn der Überschrift provoziert. Er provoziert zum Nachdenken und zum Widerspruch. Im folgendem Beitrag werde ich nicht über fachbezogene Inhalte meiner planerischen Arbeit der vergangenen Jahre sprechen, sondern über meine persönliche Wahrnehmung in meinem Arbeitsumfeld. Wir brauchen nicht mehr Planung, sondern eine andere Planung. Anhand einiger Thesen und Feststellungen nach nunmehr 17 Jahren Berufstätigkeit möchte ich ironisch pointierter und vielleicht auch in polarisierender Form zur Ausbildung, zum beruflichen Selbstverständnis und den Erfahrungen aus der Praxis als Stadtplanerin Stellung nehmen.

### **1. Große Projekte werden nicht mehr von der Stadt geplant, sondern aus der Privatwirtschaft in die Stadt transplantiert**

Das Risiko für die Stadt liegt vor allem darin, dass die Stadtplaner mit Beurteilung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit überfordert sind. Ich bin ausgebildet worden unter der Vorgabe, die Interessen der nicht privilegierten Bevölkerungsschichten ausreichend zu berücksichtigen und zu vertreten, jede Veränderung in der Stadt und auf dem Land zu vermindern, seine bauliche Erneuerung ausschließlich als kommunale oder gemeinnützige Investition zur Kenntnis zu nehmen. Kurz die Haltung der Ausbildung war streng konservativ. Der private Investor war der Gegner, dessen Projekte es zu verhindern galt. Die Berufsbilder und Feindbilder waren klar.

Nun die Berufs- und Feindbilder sind erheblich durcheinander geraten. Planung war ein politischer Prozess, es gab eine mündige Bürgerschaft. Großprojekte wie die Startbahn West, Atomkraftwerke oder Autobahntrassen polarisierten und füllten die Zeitungen. Und heute? Die städtische Bürgerschaft ist entweder in das Umland gezogen oder einfach nicht mehr wahrnehmbar. Ich erkenne die kritischen Bürger nicht mehr. Mitsprache und Einfluss wird nur da in Anspruch genommen, wo individuelle Interessen berührt scheinen. Die Entwicklung der Gesamtstadt interessiert nur noch wenige. Mir fehlen die

Ansprechpartner. Die Ausbildung der Stadtplaner ist nicht mehr gleichzusetzen mit einer ausreichenden Qualifizierung: Geographen und Bauingenieure sind anpassungsfähiger und vielseitig einsetzbar, nicht so dogmatisch und umsetzungsorientiert. Die Stadtplaner werden mittlerweile gemessen an anderen Berufsgruppen, aber auch an ihren Kollegen anderenorts. Sie müssen sich bewähren, werden eingeschätzt und müssen ihre Leistung bewerten lassen. Das wird von vielen als Zumutung empfunden.

Der private und der öffentliche Bauherr erwartet heute umfassende Beratungsleistung: Renditeanalysen, Portfoliomanagement, Nutzungsanalysen, Marktuntersuchungen, Projektsteuerung, juristische Beratung, Koordination, Moderation und vieles mehr. Gleichzeitig erfahren wir Konkurrenz durch den Generalplaner, der das Rundumsorglospaket verspricht. Und das wollen inzwischen nicht nur die privaten sondern auch die öffentlichen Auftraggeber: Plane und setze die Ergebnisse um.



## **2. Für welche Rolle wird der Stadtplaner ausgebildet?**

Als Vertreter der öffentlichen Hand in der Verwaltung, als Vertreter des Eigentümers bei den großen Immobiliengesellschaften wie Wohnungsbaugesellschaften, Bahn, Post, Vitewa, IVG, TLG, Versicherungen, den Liegenschaftsfonds der Kommunen oder der Länder, als Vertreter des Bauherrn bei größeren Bauvorhaben, als Vertreter der Finanzies bei Tochtergesellschaften der Banken, oder als Generalist, der in der Funktion des freischaffenden Planers alle bedienen muss?.

Das Rollenverständnis wird sich ändern müssen, weil die Rahmenbedingungen sich ändern. Die öffentliche Hand verfügt praktisch über keine Mittel mehr zur Investition. Das ist grundsätzlich nichts neues. Neu ist, dass sie auch niemals mehr Geld haben wird.

Wir als Stadtplaner müssen immer mehr mit Partnern kooperieren, denen wir uns fremd fühlen. Ich arbeite seit vielen Jahren in einer Firma, in der ich mich nicht fremd, aber unter "Nichtgleichen" fühle,

- in der sozialen Ausrichtung
- der beruflichen Ethik
- in der Lebensführung, dem Lebensstil
- bei den Umgangsformen
- bei den kulturellen Erfahrungen

Hier gibt es erhebliche Differenzen, die nicht besser zu beurteilen sind, sie sind einfach sehr anders. Dieses Andersein erfordert einen anderen fachlichen Austausch, eine andere Form der Kommunikation. Herr Kunzmann hat in seinen Ausführungen in Bezug auf die ethnischen Verständigungsprobleme gesagt, dass wir lernen müssen in einfachen Bildern zu sprechen, um uns verständlich zu machen. Darüber hinaus hat er uns aufgefordert, nicht aufzuhören "neugierige Blicke über den Gartenzaun zu werfen". Mir hat das sehr gut gefallen.

Wie konditioniert mich die Universität, auch in einer Welt der Nichtgleichen, zu kommunizieren und mich durchzusetzen ohne mich anzupassen? Meine Gesprächspartner sind Juristen, Volkswirte, Banker, Makler, Betriebswirte, Verkäufer, sie denken ausschließlich unter ökonomischen Kriterien. Wie groß ist die Renditeerwartung, wie hoch ist das Wertschöpfungspotential, wie weise ich die wirtschaftliche Tragfähigkeit nach, wie schaffe ich Ertragssicherheit, wie stelle ich die Kostensicherung dar?

Nachdenklich macht mich die Beobachtung, dass in schwierigen Zeiten – also heute – intellektuelle Nachdenker und kritische Nachfrager nicht mehr erwünscht sind. Zu Rate gezogen werden verstärkt diejenigen, die angeben jedes Problem lösen zu können: der Immobilienspezialist, der Generalist, der Generalplaner und der Großschwätzer. Ich empfinde es manchmal an der Grenze des Erträglichen.

### **3. Ausblick**

Wer wird zukünftig die Entwicklung unserer Städte bestimmen? Überlassen wir das Feld den Generalisten, den Halbwissensträgern? Wir sprechen bisher nur von der universitären Ausbildung. Es etablieren sich zunehmend private Immobilienschulen. Institute werden gegründet und Netzwerke initiiert, die scheinbar an denen der Universitäten vorbeigehen. Die Abschlüsse dieser vorwiegend privaten und mit hohen Gebühren belegten Einrichtungen werden als Qualifikation nicht nur akzeptiert, sondern zunehmend nachgefragt.

Das Netzwerk bezieht die Vertreter der großen Immobiliengesellschaften mit ein und bietet über zahlreiche Veröffentlichungen ein Forum zur Diskussion und Meinungsmache. Die Universitäten werden Seitens der Initiatoren nicht ausgeschlossen; sie selbst sind es, denen der Kontakt oder die Zusammenarbeit schwer zu fallen scheint. Aus den Publikationen und Veranstaltungen lässt sich erkennen, dass sich die Betrachtungsweise verstärkt auf Teilstücke der Stadt konzentriert, also

der Verlust einer übertragenden Betrachtungsweise der Stadt als Ganzes deutlich wird. Das was wir als soziale Verantwortung bezeichnen und verstehen, existiert nur noch als ökonomischer Wert.

#### **4. Städtische längerfristige Planungen durch die Kommunen – Kommunale Planung**

Es wird eine weitgehendere Qualifizierung erforderlich sein, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Für die Städte wird es katastrophal sein, wenn den Planungen privater Bauherrn nichts mehr entgegengesetzt werden kann.

## Zusammenfassung der Diskussionen

Michael Glatthaar, Anke Kaschlik mit Antworten von Klaus Pfromm  
Die lebhaften Diskussionen im Anschluss an die Statements und die Abschlussdiskussion werden unter den von Klaus Pfromm eingeleiteten Themenfeldern zusammenfasst. Die Themenfelder sind in der Diskussion erweitert und verknüpft worden, deshalb wurden die Überschriften der Diskussionsthemen, getreu der inhaltlichen Ausrichtung, ausgeweitet, die getrennte Darstellung wird jedoch wegen der besseren Übersichtlichkeit fortgesetzt. Auf einen direkten Urheber-Verweis der Beiträge wird verzichtet. Klaus Pfromm hat am Ende der Abschnitte jeweils ein Schlusswort: Antworten von Klaus Pfromm. Einige Zitate geben das Spektrum der Diskussion wieder.

## Schrumpfung – Migration – Segregation

Die Schrumpfung der Stadtbevölkerung, wie sie hier diskutiert wurde, umfasst zwei Problemlagen, die sich in ihren Konsequenzen für die Städte und Regionen überlagern: Dies ist die seit langem andauernde Abwanderung aus den Städten ins Umland (zumeist mit für das Umland positiven finanziellen Effekten), die aktuell zusätzliche Brisanz durch den allgemeinen Bevölkerungsrückgang in Deutschland erhält und nur durch Einwanderung aufgefangen oder gemildert werden kann.

Im Wesentlichen wurden die vom Schrumpfungsprozess für die Städte ausgehenden Probleme drei nicht konsequent trennbaren Themenkomplexen zugeordnet: Erstens schränken die sich aus sinkenden Bevölkerungszahlen ergebenden geringeren Steuereinnahmen die finanziellen Handlungsspielräume der Städte ein. Zweitens ergeben sich aus der Abwanderung der Besserverdienenden strukturelle Veränderungen wie Polarisierung der Stadtgesellschaft und Homogenisierung räumlicher Bereiche in der Stadtregion. Drittens bedingen die Folgen der Abwanderung wie z.B. Wohnungsleerstand, höhere Verkehrsaufkommen und nicht ausgelastete Infrastrukturen oft auch Veränderungen in der baulich-räumlichen Struktur der Stadt. Daraus ergeben sich für die Stadtpolitik und die Stadtgesellschaft neue Handlungszwänge, die sich aufgrund der notwendigen Integrationsleistungen der Städte für die Einwandernden weiter verschärfen.

Mit Einwanderung wurde ein Themenbereich angesprochen, der die PlanerInnen zwingt, ihr europäisch-deutsches Selbstverständnis von

Stadt zu überdenken und zu erweitern, um die Vorgänge der Zuwanderung und Integration überhaupt verstehen zu können. Damit ist nicht nur verbunden, Deutschland als Einwanderungsland zu akzeptieren, sondern auch weitergehende Integrationsstrategien zu entwickeln, als es mit dem bisherigen System der sozialen Sicherung angestrebt war. Hierfür wurden neue Analysemethoden als erforderlich erachtet, die neben der sozialen Schichtung auch ethnische und kulturelle Differenzierungen bewerten können, um daraus entsprechende Integrationsstrategien entwickeln zu können. Dabei wurde das Quartier als wesentliche Handlungsebene identifiziert, denn es ist – aufgrund des Bedeutungsverlustes des Arbeitsmarktes für die Integration – die aktuell und künftig funktionsfähige Integrationsebene. Dies werde durch die Ausrichtung und schon erste ablesbare Erfolge des Förderprogramms "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt" wirkungsvoll unterstrichen.

Das sehr unterschiedliche Maß der Schrumpfung in den Städten erfordert eine differenzierte Betrachtung. Konstatiert wurde aber, dass in den ostdeutschen Städten die Schrumpfung am weitesten fortgeschritten ist

**Wir müssen lernen, dass wir als Planer nicht die Aufgabe haben, die Zustände der Stadt dauernd zu bewerten.**

Detlef Ipsen

und dass sie in den westdeutschen Städten insgesamt dieses Ausmaß und diese Geschwindigkeit kaum erreichen wird. Jedoch wird es auch hier – mit großen regionalen Unterschieden – zu Phänomenen wie Leerständen, Fragmentierung des Stadtraums, Verinselung der Stadtstruktur und – bis auf wenige Ausnahmen – zur Verdünnung bzw. Entdichtung vor allem der Nutzungen, sehr wahrscheinlich aber auch der baulichen Struktur kommen. Für diese auch im Westen zu erwartenden Folgen der Schrumpfung und für erfolgreiche und weniger erfolgreiche Strategien zur Bewältigung ist der Osten derzeit schon ein ergiebiges Lernfeld.

Die Entleerung der Städte wurde auch als ein politisches Problem erkannt: Die politische Position der Kernstadt ist zu schwach, um sich im regionalen Kräftespiel durchzusetzen. Andererseits wurden aber regionale Kooperationen, Zweckverbände oder auch Eingemeindungen als notwendige Maßnahmen zur Konsolidierung der Kernstädte genannt, deren Ausbau und Institutionalisierung unablässig notwendig ist. Dabei wurde zu bedenken gegeben, dass derartige Strategien zwar helfen könnten, die finanziellen Belastungen der Kernstädte zu

mildern bzw. diesbezüglich einen regionalen Ausgleich zu schaffen, innerstädtische Problemlagen wie sozialräumliche Segregation und die ökologische Folgen der Suburbanisierung blieben dadurch jedoch weitgehend ungelöst. Auch die Ausweisung von (Eigenheim-) Bauland auf allen zur Verfügung stehenden Flächen in den Gemarkungen der Kernstädte greift oft zu kurz und ist möglicherweise sogar kontraproduktiv, da sie für weite Teile der bebauten Stadt mit einer Minderung der Lebensqualität z.B. durch verbaute Kaltluftschneisen und weitere Wege in die Erholungslandschaft einhergeht.

**Nicht überall ist Los Angeles. In Chicago entdecken die Kinder der Suburbanisierung und die High-Tech-Firmen die Lofts der altindustriellen Innenstadt.**

**Ingrid Lübke**

Der allgemeine Bevölkerungsrückgang wurde auch als Chance für die Entwicklung in Deutschland diskutiert: Neben den von Regina Sonnabend angesprochenen kleinteiligen Ansätzen zur Nutzung

der Schrumpfung als Chance, die die interessanten Beispiele aus den ostdeutschen Städten belegen, wurde in der Diskussion auch geringe Bevölkerungsdichte insgesamt als Chance betrachtet, die in verschiedenen Ländern einem hohen Lebensstandard nicht im Wege steht. Ob dabei das angeführte Beispiel Norwegen (das z.B. über bedeutende Bodenschätze verfügt und eine andere Siedlungstradition hat) wirklich auch für mitteleuropäische Verdichtungsräume Bestand haben kann, blieb jedoch unbeantwortet. Zumal die (Wieder-) Verdünnung der Bevölkerung nicht nur ökologische Probleme wie weitere Entfernungen mit sich bringt, sondern zusätzliche Belastungen wie z.B. den Umgang mit vorhandenen überproportionierten und aufwendig zu unterhaltenden Infrastrukturen beinhaltet.

Das in der Diskussion sichtbar gewordene weite Meinungsspektrum verdeutlicht die problematische Situation, vor die die Schrumpfung nicht nur die Städte, sondern auch die Planung stellt. Planerische Strategien sind bisher immer noch auf Erweiterung oder auch Stadtbau ausgelegt,

Strategien zum Umgang mit der Schrumpfung müssen erst entwickelt werden. Als eine wichtige Methode dafür wurde die Arbeit mit Szenarien herausgestellt, die die Chancen und Risiken der jeweiligen Entwicklungsrichtungen für unterschiedliche AkteureInnen und gesellschaftliche Gruppen bewerten können. Das Durchspielen verschiedener Szenarien würde so die zu bewältigenden Aufgaben und notwendigen Verknüpfungen und Kooperationen zu identifizieren helfen.

**„Schrumpfung planen“ erfordert nicht einfach das Einlegen der „Rückwärtsganges“.**

**Regina Sonnabend**

Aus dem diskutierten Themenspektrum wurden immer wieder auch Rückschlüsse auf notwendige Veränderungen im Studium gezogen: Klaus Kunzmann verdeutlichte mit seinem Statement die Notwendigkeit der Internationalisierung der deutschen Hochschulen und des Studiums, wohingegen in der Diskussion eher neue oder veränderte Studieninhalte in den Mittelpunkt gestellt wurden.



### **Antwort von Klaus Pfromm**

Was mir für die Entwicklung von Studium und Lehre am interessantesten erscheint – alles andere ist natürlich noch viel interessanter – aber für mich war die These, dass das europäisch-deutsche Selbstverständnis der Stadt in Zukunft nicht mehr ausreichen wird, die Ansprüche an die Städte in Europa, der Migration, zu verstehen, und dass wir deshalb im Studium drastisch unsere europä- und deutschlandzentristischen Stadtgeschichte und Stadttheorie erweitern müssen.

Was ich wichtig fand war, dass wir eine neue Quartiersanalyse brauchen. Die ganzen sozialstufig und sehr von Flächenstrukturen und Gebäudenutzungen bestimmen Quartiersanalysen, die wir aus unserer Theorie kennen, können nicht die ethnische Differenzierung und die kulturelle Differenzierung in einem Quartier erfassen.

Die Internationalisierung des Studiums, bezogen auf die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Stadtentwicklungen und internationaler Berufsfelder wird man endlich ernst nehmen und anpacken müssen.

Noch drei Punkte: Erstens: Ein wunderbar programmatischer Satz: Wir müssen Schrumpfen denken und dann Planen lernen. Und ich glaube, dass das eine wahnsinnig spannende Aufgabe für die Hochschulen ist.

Und zweitens: Wir sind bereits, in Ostdeutschland, auf einer Aufholjagd, weil dort schon Probleme behandelt werden müssen für die adäquate Instrumente fehlen und die sich im Westen langsam entwickeln werden. Und deshalb finde ich es wunderbar zu sagen: Wir werden in Zukunft Ostdeutschland als Vorreiter des Schrumpfens zu studieren haben. Dort müsst ihr hingehen, dort kann man sehen, wie sich die Sache auswirkt.

Und drittens fand ich noch die Formulierung ausgezeichnet: Dass man in der Stadt eigentlich die Kultur, Forschung und Wissenschaft als städtische Produktivitätskraft viel offensiver in die Überlegungen einbeziehen muss. Jeder will natürlich Kultur und Wissenschaftler haben



– aber, dass sie nicht nur lobenswerte „fremde“ Institutionen sind, sondern eine städtische Infrastruktur und Einbindung brauchen und als Ressource genutzt werden müssen, das finde ich ganz besonders wichtig.

Auf die Diskussion um die städtische Wohnbaupolitik im Zeichen verstärkter Konkurrenz mit dem Umland bin ich sehr gespannt

## Stadt – Region – Architektur

Ausgelöst durch den Beitrag von Fritz Schumacher diskutierten die TeilnehmerInnen des Kolloquiums das Verhältnis von Planung und Architektur vor dem Hintergrund einzelner Projekte. Weitgehender Konsens bestand darüber, dass bestimmte Qualitäten der ArchitektInnen – hier vor allem die Fähigkeit zum räumlichen Denken – mehr von der Planungsdisziplin aufgenommen werden müssten. Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang, dass zwischen dem, was namhafte ArchitektInnen wie z.B. Rem Koolhaas schreiben und dem, was sie bauen ein großer Unterschied bestehen. Dies ist nicht nur auf den Produktionsdruck zurückzuführen, sondern ergibt sich durch eine zu kurz gefasste Übertragung der ästhetischen Qualitäten von Architektur, die in Realitäten umgesetzt mehr räumliche Tiefe haben müssten, als es Fassadenzeichnungen hervorbringen.

Im Hinblick auf Erfahrungen aus europäischen Nachbarländern wurde gefordert, dass in Deutschland ArchitektInnen und StadtplanerInnen als UrbanistInnen ausgebildet werden müssten. Denn es geht gerade nicht darum, die ArchitektInnen als Stadtdetail-EntwerferInnen auszubilden und den StadtplanerInnen zu vermitteln, dass sie sich mit Strukturplanungen begnügen können, sondern es muss eine gemeinsame Austauschform gefunden werden, bei der beide ihre Ideen und Ansätze konstruktiv einbringen können. Als Urbanistik wurde hierbei verstanden, dass baulich-räumliche Qualitäten mit stadtplanerischen Ansätzen zu verknüpfen sind (sein), z.B. indem die ArchitektInnen früher in den Umsetzungsprozess einbezogen werden.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Ausbildung von PlanerInnen und ArchitektInnen wurde das Ausbildungsmodell der Fachbereiche Architektur und Stadt- und Landschaftsplanung der Universität GH Kassel als guter Ansatz herausgestellt, bei dem die Kooperation

und das gemeinsame Bearbeiten von Projekten von vornherein erlernt werden kann.

Wir müssen für die Stadt begeistern.

Harald Kiesel

Der zweite Teil der Diskussion wurde durch den Beitrag von Ulf Hahne angeregt, in dem er betonte, dass es für die Regionalentwicklung nicht ausreicht, nur einzelne Projekte zu betrachten. Vielmehr muss die Region als Ganzes gesehen werden, mit all ihren regionalen Austauschprozessen. Denn durch die Betrachtung von kleinteiligen und sektoralen Prozessen oder Projekten geht der Anspruch zur Steuerung von Entwicklungen verloren. PlanerInnen müssen Nachhaltigkeit in der Region definieren und dies ist nur zu schaffen, wenn Planerausbildung gleichzeitig Regionalausbildung ist.

Im Weiteren wurde die Diskussion um die Region im Spannungsfeld zwischen Lebensgefühl und Lebensraum geführt. Als Lebensraum der Bevölkerung wird die Region und nicht nur die Stadt angesehen. D.h. die Aktionsräume der BewohnerInnen (Verteilung der Wohn-, Arbeits- und Freizeitorte) orientieren sich nicht an kommunalen Grenzen. Andererseits wurde festgestellt, dass das "Lebensgefühl" der Bevölkerung mit der Stadt verbunden ist, da die Region dies nicht vermittelt. Als teils positives Beispiel für die stärkere Berücksichtigung der Region wurde Hannover genannt, wo über vielfältige Aktionen versucht wird, die Region erlebbar zu machen.

Wir brauchen eine Ausbildung, die Urbanistik beinhaltet.

Fritz Schumacher

Wenn wir Regionalentwicklung in Projekten denken, geben wir den Planungsanspruch völlig auf.

Ulf Hahne

Angerissen wurde auch die Frage der Form regionaler Zusammenarbeit zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme: Die Eingemeindung wurde als wahrscheinlich bester, aber politisch kaum durchsetzbarer Weg genannt. Des Weiteren sind Kooperationen und Zweckverbände diskutiert worden. Unabhängig von den jeweiligen Kooperationsformen, ob Zweckverband, regionale Gebietskörperschaft etc. mit je spezifischen Vor- und Nachteilen, wurde mehrfach herausgestellt, dass eine Verstärkung der Konkurrenz zwischen der Kernstadt und den Umlandkommunen, z.B. durch massive Wohnbauflächenausweisung auf städtischem Gebiet, keinen Weg in Richtung einer Problemlösung darstellt. Letztlich können die vielfältigen Stadt-Umland-Probleme nur innerhalb einer stadtreionalen Kooperation dauerhaft und für beide Seiten Gewinn bringend gelöst werden.

In Bezug auf das viel diskutierte Beispiel der Region Hannover wurde hierzu kritisch angemerkt, dass zwar die Schaffung eines effizienten Verwaltungssystems vorgesehen ist, die finanziellen Ungleichgewichte zwischen Zentralstadt und dem sogenannten Speckgürtel aber weiterhin bestehen. Auch der Wettbewerb zwischen den Kommunen, das "Kirch-

Was Rem Koolhaas schreibt und was er baut ist ein großer Unterschied. Gehen Sie mal nach EURALILL, das ist nicht gerade die schöne Stadt, die wir uns alle wünschen.  
Klaus Kunzmann

turmendenken", habe nicht abgenommen, so dass nach wie vor kein gemeinsames Flächenmanagement und deshalb weiterhin Konkurrenz der Wirtschaftsförderungen besteht. Die Region Hannover wurde vor diesem Hintergrund als "Scheinlösung" dargestellt.

Zur Frage nach neuen bzw. besseren Instrumenten zur Steuerung der Stadt-Umland-Probleme ergab sich das einhellige Urteil, dass keine neuen Instrumente benötigt werden, die vorhandenen müssen nur konsequenter genutzt und angewendet werden. Jedoch wurde die Weiterentwicklung von planerischen Instrumenten zur zeitnahen und problemadäquaten Lösung von Problemen gefordert. Die Planung muss dynamisiert werden. Dies bedeutet z.B., dass der Flächennutzungsplan nicht mehr als ein statisches Planwerk fungieren soll, sondern dass intensiv über Formen der Dynamisierung der Flächennutzungsplanung nachgedacht werden muss, also die Frage zu behandeln ist, wie die Änderungen zu standardisieren sind und wie Planung in einem permanenten Prozess gefasst werden kann. Die TeilnehmerInnen waren sich darüber einig, dass auch dies nicht ohne eine verbindliche stadregionale Kooperation, in welcher Form auch immer, umgesetzt werden kann.

Die Ästhetik von Architektur ist eine andere als die Ästhetik von Stadt.

Albert Pinkvohs

### **Antwort von Klaus Pfromm**

Hier ist die Zusammenfassung schwierig:

Dass die Region Planungsraum sein muss, darüber sind wir uns ja alle einig. Aber es muss gelten, was Hahne gesagt hat: Die Region, das ist mehr als eine Verwaltungsstruktur, das sind vielfältige, fundamentale Austauschprozesse, und deshalb: Planerausbildung muss Regionalaus-

bildung sein.

Es darf in der Ausbildung und der Planerdiskussion nicht nur darum gehen, wie die Regionalreform einmal, in ferner Zukunft, aussehen

muss. Darum darf es erst in zweiter Linie gehen, sondern es geht jetzt darum, den unwürdigen Prozess der Entleerung der Stadt in die Region zu beenden und der ist hier und heute politisch fest abgesichert – durch die kommunale Grenze. Und er läuft, geschützt durch die Diskussion um die Regionalreform und die damit geweckten Hoffnungen, wie geschmiert. Also das ist der Unterschied. Und ich bin dafür, dass man im Studium nicht nur diese eigentlich richtige „Gutmenschenposition“ denkt: Regional ist besser als kommunal und wir wollen Regionen in Kassel, in Deutschland, in Europa und deshalb beschäftigen wir uns damit. Sondern die Tatsache zur Kenntnis nimmt, wir haben eine segregierte Situation und es muss mit der umgegangen werden. Und dazu fand ich die Formulierung von Fritz Schumacher ganz toll, diese Harmonisierungsfalle. Ja es wird ständig über die Regionalisierung geredet, am meisten von den Politikern aus der Region, die aus Kassel (ich rede jetzt von unserer Region) sind eigenartig stumm, weil sie nämlich keine Kraft haben. Die anderen sitzen auf ihrem Steuersäckel und von dort oben herunter blasen sie ununterbrochen Vorschläge, darüber, wie man kommunizieren soll und wie man Reform macht und immer große Töne über Regionalbewusstsein, und währenddessen bieten sie immer neue „kleine“ Parzellen von 900 m<sup>2</sup>, 1000 m<sup>2</sup> an, mit denen sie Kasseler Bürger und Steuerzahler hinter ihre Mauer locken. Das, meine ich, muss man wirklich beachten. Und deshalb finde ich auch die Formulierung „Verkehrsfalle“ von Schumacher so interessant. Und dass er das auf den öffentlichen Nahverkehr bezieht -Donnerwetter- Dass der öffentliche Nahverkehr die Ausblutung in die Region befördert, das kann wohl nur ein selbstbewusster Stadt-Baseler in den Vordergrund stellen. Das ist auch so eine These, die wir aufnehmen sollten und da sind alle sofort dagegen. Schön.

Die Nachhaltigkeitsfalle finde ich einen genauso interessanten Punkt. Die kompakte Stadt, die reurbanisierte Stadt ist ökologisch. Und deshalb muss man in dieser Stadt nicht auch noch ökologische Inseln zu außerordentlich hohen gesellschaftlichen Kosten aufrecht erhalten. Die These, die ich hier gerne haben möchte: Holt den Stadtwald ab, baut Häuser.

Damit will ich es jetzt gut sein lassen. Aber doch noch zum Abschluss: Ich bin auch in der Regionalreform für eine radikale Lösung: Ulf Hahne hat gesagt: „Region ist kein Lebensgefühl, aber eine Stadt ist ein Lebensgefühl“ und deshalb muss eingemeindet werden.

## Deregulierung – Planung – Development

Dieter Frick benannte in seinem Statement Vor- und Nachteile der Deregulierung der Planung. Die anschließende Diskussion über die Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten zur Steuerung durch Planung verlief kontrovers: Auf der einen Seite wurde die Notwendigkeit zur Rahmensetzung, innerhalb derer sich dann die Entwicklung frei vollziehen kann, als adäquates Steuerungsinstrument angesehen. Als gut funktionierende Beispiele dafür wurden die Planung für die kompakte Stadt Amsterdam aus den 80er Jahren und das Stadtentwicklungskonzept "München – kompakt, urban, grün" angeführt, wohlwissend, dass es sich hierbei um reiche Städte mit Ansiedlungsdruck von Unternehmen handelt und entsprechend die Umsetzung von Rahmenvorgaben einfacher realisierbar ist. Auf

Rahmenplanung ist nicht der goldene Bilderrahmen.

Dieter Frick

Im Moment wissen wir vielleicht noch, wo wir hin wollen. Ich befürchte, in 20 Jahren wissen wir selbst das nicht mehr.

Hajo Schuy

der anderen Seite wurde die Meinung vertreten, dass die Rahmensetzung selbst flexibel sein muss, um auf Veränderungen reagieren zu können; der Rahmen ist als Perspektive zu verstehen. Die Rahmensetzung in dieser Interpretation ist demnach eher als Formulierung des Möglichen denn als Festlegung von Grenzen, in die sich die Entwicklung zu fügen hat, zu sehen.

Eine weitere Kontroverse der Diskussion entspannte sich um die Möglichkeiten der Städte in ihren heutigen zumeist schwachen Positionen, die Rahmensetzung längerfristig zu tragen und umzusetzen: Es wurde in Frage gestellt, ob die Städte und ihre politisch Verantwortlichen aktuell überhaupt noch in der Lage oder Willens sind, einen Rahmen zu setzen und dann die beabsichtigte Füllung auch in der direkten Auseinandersetzung mit Investoren durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden notwendige, nicht ganz neue Qualifikationen von PlanerInnen angesprochen. Sie sind gefordert, die Rahmensetzung zu dynamisieren, um sie flexibel, den im Zeitverlauf veränderlichen Anforderungen entsprechend, fortzuschreiben. Daraus ergeben sich für die Planung zusätzliche Arbeitsfelder, die wesentlich durch Kooperationen und Kommunikation geprägt sind. Zudem ist die Auseinandersetzung mit den Ansichten und Not-

Klaus, du hättest das Kolloquium zwei Jahre früher machen müssen, dann hätte man die Professur nicht mehr für Stadt- und Regionalplanung ausgeschrieben, sondern als C5-Professur für die räumliche Betreuung der Stadt.

Fritz Schumacher

wendigkeiten der Arbeit von DeveloperInnen/InvestorInnen erforderlich; alte "Feindbilder" müssen überwunden werden, um überhaupt in fruchtbare Kooperationen mit DeveloperInnen treten zu können. Andrea Sölle gab für diese Fragestellung in ihrem Statement einen weiteren wichtigen Punkt zu bedenken: private Immobilienschulen

**Wir müssen dogmenfrei nach  
Verbündeten beim Aufbau der  
lebenswerten Stadt Ausschau halten.**  
Detlef Ipsen

haben mit großen Immobiliengesellschaften ein gemeinsames Forum für Diskussion und "Meinungsmache" geschaffen, in das sich die Universitäten nicht einklinken. Die Einmischung der Universitäten ist jedoch mit Blick

auf die soziale Verantwortung von Stadtentwicklung dringend geboten, da sich die Interessenkonzentration der Initiatoren auf kleine Teilbereiche der Stadt konzentrieren und weitere Zusammenhänge nicht oder ungenügend beachtet werden.

Aus der Feststellung, dass Planung schon lange nicht mehr nur Planerstellung bedeutet, sondern Kreativität und phantasievolles Kräftebündeln verlangt, wurden in der Dis-

kussion auch neue Anforderungen an die Ausbildung formuliert: So muss das Studium auf die Sichtweisen anderer Berufsgruppen vorbereiten und die Befähigung zu qualifizierter Diskussion sicher stellen. Erst dann sind PlanerInnen in der Lage, ihrer Aufgabe als PolitikberaterInnen gerecht zu werden und dafür zu sorgen, dass die Politik sich nicht (z.B. durch perfekte Bilder oder Arbeitsplatzversprechen) blenden lässt. Als eine wesentliche Aufgabe von PlanerInnen wurde darüber hinaus das dogmenfreie Ausschauhhalten nach Verbündeten zum Aufbau der lebenswerten Stadt und ihre feste Einbindung in die Verantwortung für die Stadt herausgestellt. Diese Einbindung, insbesondere die von InvestorInnen aber auch die der Öffentlichkeit, muss möglichst frühzeitig geschehen.

Es wurde die Forderung erhoben, dass diejenigen, die in der Stadt Geld verdienen, auch für ihre Entwicklung Verantwortung übernehmen sollen. Als gutes Beispiel hierfür

wurde BMW mit der Entwicklung und Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Augsburg angeführt. Weniger problematisch ist die Verantwortungsübernahme bei lokal oder regional verankerten Akteuren, die sich für "ihre" Städte mit verantwortlich fühlten, denn letztlich sei das Image der Stadt auch ihres. Investoren hingegen, die von

**Wir können nicht einfach einen  
Deckel auf eine Situation setzen,  
die uns nicht mehr passt,  
wir müssen sie weiterentwickeln**

Hans-Ulrich Plaßmann

**Am Anfang waren die Developer  
unsere Feinde, heute sind sie eine  
Adresse für einen Arbeitsplatz**

Klaus Kunzmann

“Außen” kommen, fehlt regionale Verantwortung. Entsprechend schwieriger ist ihre Einbindung in die Verantwortung für die Stadt, in der sie (mehr oder weniger zufällig) investierten; zusätzlich werden neuen InvestorInnen seitens der PolitikerInnen z.T. unverantwortliche Zugeständnisse gemacht. Aber auch über DeveloperInnen wurden neue Erfahrungen berichtet: neben der üblichen Projektentwicklung auf der Grünen Wiese, sind demnach Entwicklungen auszumachen, die sich in Richtung Stabilisierung der Innenstädte, Förderung von Urbanität und auch längerfristige Abschreibungen bewegen. Um dies zu erkennen und für die Qualität der Stadt zu nutzen, müssen die deutschen Raumplanungsfakultäten den Blick nach Außen richten. Nur dann ist zu erreichen, dass PlanerInnen weiterhin Einfluss nehmen und die Zukunft der Städte mit gestalten können.

Die ungeheure Ausdehnung des Spektrums an notwendigen Qualifikationen und Spezialisierungen von PlanerInnen, wie sie in der Diskussion zum Ausdruck kam, ist kaum von jeder einzelnen Hochschule zu vermitteln: Als notwendig wurde deshalb eine Zusammenarbeit, Vernetzung und Arbeitsteilung der Hochschulen erachtet, um den aktuellen und künftigen Anforderungen in ihrer erforderlichen Differenzierung Rechnung tragen zu können.

### **Antwort von Klaus Pfromm**

Mit einigen Vorbehalten und einer gehörigen Portion Skepsis sind sich doch alle einig, dass Planung für die nützliche Entwicklung sowohl der wachsenden als auch der schrumpfenden Städte eher unverzichtbar ist. Dass die Stadtplanerinnen und Planer als Hüter des Gemeinwohls erkannt werden und in dieser Rolle auch von Developern und Investoren akzeptiert werden, wirft eine schwierige Frage auf. Wie wird das Gemeinwohl bestimmt, wenn es nicht politisch korrekt im politischen Entscheidungsprozess der Kommune festgelegt wird. Hier bedarf es eines staatsbürgerlichen Engagements der Planerinnen und Planer, das auch im Studium sich bilden muss. Mit Recht postuliert der Entwurf zur Kassler Studienordnung als ein Ziel der Ausbildung die Orientierung der Berufstätigkeit an gesellschaftlichen Bedürfnissen und Konflikten und fordert politisch verantwortliches Handeln.

Mit dem immer stärkeren Einfluss von Investoren und Projektentwicklern auf planerische Entscheidungen wird der im Bauplanungsrecht festgelegte Entscheidungsprozess aufgebrochen. Ziele und Zwecke folgen privaten Interessen und die Konzentration der politischen Diskussion auf Einzelprojekte befördert die Beschränkung auf wirtschaft-

lich bestimmte Einzelaspekte; umfassende strukturelle Überlegungen werden als störend empfunden und nicht selten ausgeklammert.

Planung muss immer mehr, statt längerfristige, lineare Zielplanung zu verfolgen, zum strategischen Inkrementalismus<sup>1</sup> entwickelt werden. Das bedeutet, ein komplexes, verflüssigtes Planungssystem muss systematisch, dem Allgemeinwohl und planerischer Sachkenntnis verpflichtete strategische Ziele in renitente Entscheidungsprozesse der informellen<sup>2</sup> Kommunikation einbringen.

Ich möchte noch etwas zu den Auswirkungen dieser Aufgaben auf das Studium bemerken. Unsere Position „Planung ist Kommunikation“ ist längst aus der handwerklichen Phase in handlungswissenschaftliche Kompetenz gekommen. Wir lehren Moderation, Mediation, dialogische Planung. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass andere inzwischen Methoden und Verfahren für unsere eigene Arbeit und Kooperation zur Verfügung stellen. Am meisten haben mich die Fortschritte in der Technik der Qualitätssicherung bei Dienstleistungen und dabei auch der Gruppenarbeit beeindruckt. Und schon steht uns an der Hochschule die nächste Herausforderung ins Haus, die computergestützte lernende Organisation. Wie können wir auf die Weiterentwicklung unseres Lehr- und Forschungsbetriebs mit diesen Hilfsmitteln verzichten? Wenn sie noch Mängel haben, wer könnte sie besser überwinden als die lernende Gemeinschaft der Universität.

1 Karl Ganser bezeichnet damit planerisches Handeln, das nicht aus übergeordneten Plänen abgeleitet, sondern, mehr oder weniger förmlich vereinbarten Leitzielen abgeleitet ist.

2 Im Gegensatz zu den geregelten Verfahren der förmlichen Bauleitplanung.



# Klaus Pfromm

8.9.1935 wurde ich in Ziegenhain, heute Schwalmstadt, geboren.

Zur Familie von Gertrud und Adam Pfromm, Regierungsoberinspektor, kamen noch zwei Geschwister. Aus der Qual der Schulanstalt, Realgymnasiums Treysa, gelang mir über eine Maurerlehre und ein abgebrochenes Architekturstudium 1958 die Flucht an die Hochschule für Gestaltung in Ulm. Die Fixierung der Bauabteilung auf Rationalisierung und Industrialisierung war unbefriedigend. Über eine intensive Beschäftigung mit der Methodologie kam ich zur Stadtplanung, wir Studenten kreierten unser eigenes Stadtplanungsstudium, und ich schloss das Studium mit der Diplomarbeit „Die Bedeutung von Richtwerten in der Planung“ bei Horst Rittel, Rainer Mackensen und Hans Paul Bahrdt 1962 ab.

In Ulm lernte ich Renate Grünwald kennen, studierte und arbeitete mit ihr, und wir gründeten 1964 eine Familie, die wir 1966 durch Friederike und 1970 mit Eric komplettierten. 1978 trennten wir uns.

1961, noch vor Abschluss des Studiums ging ich als stadtplanerischer Berater des Stadtbaumeisters nach Winterthur in die Schweiz, bis 1966 baute ich die Stadtplanungsabteilung auf. Bei Flächenausweisungen und Standortplanungen versuchten wir die Richtwertplanung zu überwinden, was sicher am erfolgreichsten mit der auf einer detaillierten Bevölkerungsprognose beruhenden Schul- und Kindergarten-Planung gelang. Entscheidenden Einfluss auf mein Planungsverständnis hatte die Mitarbeit in der Regionalplanung Winterthur und Umgebung, in der politisch-kommunikative Prozess der Planung alles bestimmte.

1966 holte mich Rolf Gutmann an den Lehrstuhl Architektur und Städtebau der ETH. Ich hatte ein wenig in der Architekturzeitschrift „Werk“ und der Beilage der Nationalzeitung, Basel, publiziert und bearbeitete in der Folge auch einige Gutachten, z.B. Sechs metropolitane Regionen, vergleichendes Gutachten für den Planungsstab der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, mit Renate Pfromm.

Am Lehrstuhl vertrat ich den Lehrbereich Stadtplanung und entwickelte 1970 als Oberassistent mit das Lehrkonzept des „Lehrcanapés“ L.Burchhardt–R.Gutmann, später mit Rainer Senn. Wir versuchten uns in Teamteaching, initiierten das Selbststudium an „problemorientier-

ten“ Aufgabenstellungen, die in Teams bearbeitet wurden und auch zu „A4-Arbeiten“ führen durften. Interessant: Die „computergestützte Revitalisierung“ der Schweizer Dorfschule.

1972 erhielt ich den Ruf auf den Lehrstuhl Stadt- und Regionalplanung an der Gesamthochschule Kassel, damals noch als Kunsthochschulprofessor.

Die von den Studenten geforderte Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Bedingungen und der politischen Bestimmung von Planung, ihr Verlangen nach einem selbstbestimmten Studium erlaubten uns die Realisierung einer inhaltlichen und formalen Studienreform in noch heute erstaunlichem Ausmaß.

Das umfasste neben der Lehrtätigkeit auch die Integration der Vorläuferinstitutionen: Architekturabteilung der Kunsthochschule, Innenarchitektur-Abteilung der Werkkunstschule, Architekturabteilung der Fachhochschule, die Durchsetzung eines universitären Hochschulabschlusses für unsere Studenten und die Entwicklung des Integrierten Studiengangs Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung, mit der Gründung der Studienfachrichtung Stadtplanung. Die Mitgliedschaft in den Gremien der Hochschule und der Abteilung, deren Vertretung nach außen und die Arbeit am Curriculum des Studiengangs und in der Studienreformkommission Raumplanung rückte Administration ins Zentrum meiner Tätigkeit, eine Sisyphusarbeit. So gelang es uns 1980 nicht die Eintragung unserer StadtplanerInnen in die hessische Städtebau-Architekten-Liste durchzusetzen. Jetzt, nach 20 Jahren, wird die hessische Stadtplanerliste eingeführt.

1996 ergriff ich die Initiative zur „Reform der Reform“; Studien- und Prüfungsorganisation sollten an unsere Erfahrungen und an die Erfordernisse der Zeit angepasst werden. Der Prozess dauert an und ist bis heute nicht zu Ergebnissen gekommen.

Bei unserem Bemühen um die Bestimmung der ehemaligen Henschelfabrik am Holländischen Platz als Zentralstandort der jungen Hochschule entstand die „Arbeitsgruppe Stadt“. Die Kollegen der Stadt- und Landschaftsplanung kooperierten in wechselnder Besetzung seit 1977 zur Bearbeitung von Forschungsvorhaben, Gutachten und Planungen.

1983 heiratete ich die Architektin Cornelia Issmer, 1985 kam Benjamin hinzu. Wir bauten uns ein Haus und pflanzten einige Bäumchen.

Mit wechselnder Besetzung habe ich die AG Stadt seit 1980 als Planungsbüro fortgesetzt. Durch die Abwicklung einiger umfassenden Stadtplanungsprozesse, am interessantesten war der komplette Neuaufbau der Planung für das thüringische Heilbad Bad Liebenstein, gewann ich unverzichtbare Impulse für die Lehre. Seit 2000 wird die AG Stadt von Dieter Hennicken geleitet.

2000 bin ich in Ruhestand versetzt worden und betreibe die Urbanistik, das Studium der städtischen Lebensart und ihrer Selbstregulierung, als Liebhaberei.

## Die AutorInnen

- Dr. Dieter Frick                      Studium der Architektur in München und Berlin, Diplom 1960; Promotion 1973; von 1971 bis 1998 Professor für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin (em.), verschiedene Gastprofessuren.
- Dr. Ulf Hahne                         Studium der Volkswirtschaftslehre in Kiel, Diplom 1980; Promotion 1985 an der Universität Kiel; seit 1999 Professor für Nachhaltige Regionalentwicklung an der Universität Gh Kassel.
- Dr. Klaus R. Kunzmann             Studium der Architektur und des Städtebaus in München, Diplom 1967; Promotion an der TU Wien 1971; seit 1993 Professor für Europäische Raumplanung an der Universität Dortmund; verschiedene Gastprofessuren.
- Fritz Schumacher                    Studium der Stadtplanung in Kassel, Diplom 1980; seit 1994; Kantonsbaumeister der Stadt Basel, Leiter des Hochbau- und Planungsamtes; seit 1997 Lehrbeauftragter der ETH Zürich.
- Andrea Sölle                         Studium der Stadtplanung in Kassel, Diplom 1983; seit 1992 Angestellte der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH, seit 1995 dort Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung.
- Regina Sonnabend                  Studium der Stadtplanung in Kassel, Diplom 1992; seit 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Bauhaus Dessau, seit 2000 Projektkoordinatorin der Stiftung Bauhaus Dessau.

## Die HerausgeberInnen

- Michael Glatthaar      Studium der Stadt- und Regionalplanung in Oldenburg, Diplom 1997; seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung der Universität Gh Kassel.
- Anke Kaschlik        Studium der Stadtplanung in Kassel, Diplom 1997; seit 2000 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Kommunale Entwicklungsplanung der Universität Gh Kassel.
- Ingrid Lübke         Studium der Architektur und Städtebau in Berlin, Diplom 1969; seit 1996 Professorin für Kommunale Entwicklungsplanung an der Universität Gh Kassel.

Stadt – Planung – Studium  
Perspektive 21



Die Herausforderungen  
der Zukunft sind un-erhört